

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., (davon 95 Pf. monatlich für Zustellung im Hause) im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 80 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postwertzeichen. Auslandsabonnentent 6,- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefposttarif 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Multiplizierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einseitige, unparteiliche 80 Pf. Anzeigenliste 5,- M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Abholt lt. Tarif. Stellengelände das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Kreiszeitung 20 Pf. Familienanzeigen 40 Pf. Bezugsmaxime im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8<sup>1/2</sup> bis 11 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Dtsch.-Gel., Depositent., Jerusalemstr. 65-66.

## Unlogische Sparpolitik. Scharfe Kritik der Arbeiteropposition im Unterhaus.

London, 18. September. (Eigenbericht.)

Die Opposition hatte am Freitag im Unterhaus einen Großkampf. Zum erstenmal wurde diejenige Maßnahme der Notregierung diskutiert, die die Arbeiterpartei in die Opposition getrieben hat, nämlich die Arbeitslosenpolitik der neuen Regierung. Die Regierung trug schließlich mit 219 gegen 155 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 64 Stimmen einen Sieg davon.

Die Vorlage der Regierung wurde von Neville Chamberlain verteidigt. Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung, die er zugrunde legte, rechnete mit einer

#### Arbeitslosenzahl von drei Millionen

für diesen Winter. Diese Zahl ist sicher nicht zu hoch gegriffen, denn am 1. September wurden bereits über 2.800.000 Arbeitslose gezählt, der höchste Stand, der je in England erreicht wurde. Man muß, wie der Sprecher der Opposition dies am Freitag darlegte, zweifellos damit rechnen, daß die Sparmaßnahmen des Notprogramms sehr bald zu einer weiteren Verringerung des Beschäftigungsgrades führen werden. Die Verminderung der Kaufkraft, die infolge der Herabsetzung der Gehälter und der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung zu erwarten ist, beginnt schon sichtbar zu werden. Die Geschäftswelt hat ihren Befürchtungen gegenüber dem Premierminister deshalb bereits Ausdruck verliehen. MacDonald antwortete in einem Brief an einen Geschäftsmann,

in dem er das Publikum zu vernünftigen aber tüchtigem Kaufen auffordert, und zwar nur zum Kauf von britischen Waren.

Der Brief des Ministerpräsidenten wurde von einem Sprecher der Opposition ironisch kritisiert. Er bezeichnete die

#### Sparpolitik der Regierung als verwerflich und unlogisch;

auf der einen Seite fürze sie die Gehälter, auf der anderen fordere sie zum Kaufen auf. Ein konservatives und regierungsfreundliches Blatt wie die „Morning Post“ argumentierte übrigens ähnlich wie die Opposition. Es erklärt, daß die zu erwartende Verringerung der Kaufkraft und Steigerung der Arbeitslosigkeit eine Folge des Notprogramms sei, allerdings um dann die Ergänzung dieses Notprogramms durch Schutzölle zu verlangen.

Außer der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung empfindet die Opposition die 15prozentige Kürzung der Lehrergehälter als unerträglich. Auch die Lehrerverbände protestieren heftig. In verschiedenen Londoner Bezirken sind bereits

#### Teilstreiks der Lehrerschaft angekündigt.

Vom 1. Oktober an werden sämtliche Londoner Lehrer die Turn- und Sportstunden außerhalb der üblichen Schulstunden ausfallen lassen. Die ihnen auferlegten Opfer werden von ihnen insofern als doppelt ungerecht empfunden, als die Regierung dem Druck der Flotte nachgegeben hat, während sie den Eingaben anderer ebenso schwer betroffenen Kreise nicht entsprechen will.

## Doch nicht Arbeiterrepublik? Spanischer Parlamentsbeschluss wird umgestoßen.

Madrid, 18. September. (Eigenbericht.)

Auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Zamora sind über die Fassung des von der Nationalversammlung bereits beschlossenen Artikels 1 der neuen Verfassung („Spanien ist eine Arbeiterrepublik“) nochmals Verhandlungen aufgenommen worden. Der Artikel wird voraussichtlich folgende Fassung erhalten: „Spanien ist eine demokratische und liberale Republik der Arbeit“. (Die Bezeichnung „Arbeiterrepublik“ war nur mit knapper Mehrheit von der Nationalversammlung beschlossen worden. Red.)

#### Alfons unter Hochverratsanklage.

Madrid, 18. September. (Eigenbericht.)

Der Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung wird Erzherzog Alfons wegen des Staatsverrats Primo de Riveros des Hochverrats anklagen und als Strafe beantragen, daß ihm die Rückkehr nach Spanien auf ewig untersagt wird.

#### Italiens doppeltes Gesicht.

Abrüstungsreden in Genf, Militarisierung der Jugend daheim

Aus Italien wird uns geschrieben:

„Die ganze Jugend soll es sein, die mit Leib und Seele ganz und gar dem Faschismus gehört.“ So fordert es Mussolini dieser Tage in einem öffentlichen Anerkennungsschreiben an den Unterstaatssekretär Ricci, den Organisator der riesigen Jugendorganisationen des Faschismus. Dieses faschistische Kinderheer ist in den letzten Monaten weiter gewachsen, dank der ungeheuren Propaganda und der Mittel, die vom Staat zur Verfügung gestellt werden.

Immerhin: nach den Erklärungen des Führers dieser „Ballia“ und Koantgardisten-Organisation sind bisher knapp zwei Millionen jugendliche in ihr vereinigt, während gegenwärtig fünf Millionen Knaben dieses Alters in Italien leben. Vorläufig ist also nur etwas über ein Drittel der italienischen Jugend faschistisch organisiert. Darum der plötzliche Ruf Mussolinis: die ganze Jugend muß es sein! Er propagiert besonders stark, nachdem der Kampf des Faschismus mit dem Papst wegen der katholischen Jugendverbände, die immerhin auch etwa 800.000 Personen umfassen, inzwischen durch ein Abkommen beendet ist, wenigstens äußerlich. Das „angemäßte Monopol auf die Jugend“, das der Papst in seiner Juli-Enzyklika noch so überaus heftig bekämpfte, hat er praktisch anerkannt, mit allen geistigen und politischen Folgen, auch mit der von ihm verdammt „heidnischen Vergottung“ des Nationalismus; die nach seinen eigenen Worten in diesen faschistischen Reihen gepflegt wird. Der Weg scheint auch von dieser Seite aus frei, die ganze Jugend Italiens zu erobern, soweit sie sich von den vielfachen Verführungen und materiellen Vorteilen, mit denen das faschistische Jugendheer arbeitet, verlocken läßt.

So kann das faschistische Italien nach Genf die Daten der Rüstungen senden, ohne in sie dieses Jugendheer einzu-

schließen, das militärisch ausgebildet wird, ohne ferner jene 18- bis 21jährigen einzuberechnen, die jetzt obligatorisch zur militärischen Vorausbildung verpflichtet werden, ohne überhaupt mit einem Worte der

#### völligen Militarisierung der Jugend

Ermahnung zu tun. So kann man Abrüstung predigen! Und man tut es mit Leberzeugung, aus dem einfachen Grunde, weil Italien rein materiell das Wettrüsten mit Frankreich nicht aushalten kann. Man will erstlich die Abrüstung in dem Sinne, daß Frankreich seine großen Rüstungen beschränken soll und Italien die Gleichheit der Rüstungen mit diesem stärksten Nachbarn erlangt. Die Wirtschaftskrise hat auch hier gelehrt, daß man mit weiteren Rüstungen nicht nur nicht vorankommt, sondern immer tiefer in die Rote hinein. Von der gleichen sehr robusten Ehrlichkeit ist der Genfer Vorschlag Grandis diktiert, eine Rüstungspause bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz eintreten zu lassen.

Mit all diesen schönen Vorschlägen und Absichten steht die völlige Militarisierung der Jugend im trafen Widerspruch. Man kann ihr höchstens die eine Ueberlegung zugute halten, daß es sich bei dieser Militarisierung der Jugend für den Faschismus nicht so sehr um Soldaten eines künftigen Krieges als um die Heranbildung von Soldaten für die Erhaltung der Macht des Faschismus im Innern handelt. Denn ohne dieses Jugendheer hat der Faschismus keine Zukunft. Wie diese Jugend aber, gerade etwa aus innerem Widerspruch gegen diese Militarisierung, sich später entscheiden wird, das ist die Schicksalsfrage des Landes.

## Die Schüsse auf den Konsul.

Drei Jahre Gefängnis für einen italienischen Attentäter.

Zürich, 18. September. (Eigenbericht.)

Das Züricher Schwurgericht verurteilte am Freitag den Südtiroler Lino Bassi zu drei Jahren Gefängnis. Der 33jährige Lino Bassi, von Beruf Maurer, hatte am 27. Januar auf den italienischen Generalkonsul in Zürich drei Schüsse abgegeben und ihn so schwer verletzt, daß der Konsul nur durch eine Bluttransfusion gerettet werden konnte.

Der Attentäter machte vor der Tat bei den italienischen Behörden eine Forderung auf Pensionierung geltend, da er sich als Folge seines Dienstes bei der italienischen Polizei ein Aierleiden zugezogen habe. Dem Besuch wurde von den italienischen Behörden aber nicht entsprochen. Am 27. Januar machte Bassi einen letzten Versuch, den Konsul umzufließen. Er erklärte, als ihm die Rückkehr nach Italien als einziger Ausweg dargestellt wurde, habe ihn eine solche Wut gefaßt, daß er die Befinnung verloren hätte. Er wolle sich lieber töten als nach Italien zurückkehren. Der gerichtsarztliche Gutachter nahm teilweise Sinnesverwirrung an.

Das kommunistische Organ in Leipzig ist aus dem gleichen Grunde wie die „Rote Fahne“ auf vier Wochen verboten worden. In dem Telegramm an die englischen Wairolen wird indirekt auch eine Aufforderung an die deutsche Wehrmacht zur Meuterei und zugleich eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erblickt. Ebenso sind die in Berlin erscheinende kommunistische Zeitung „Volksecho“ und die in Karlsruhe erscheinende kommunistische Arbeiterzeitung auf vier Wochen verboten worden.

## Die Aufträge Russlands. Kommunistenjubiläum über Abzahlungsgeschäfte.

Von Kurt Heinig.

„Eine Milliarde Mark Sowjetaufträge — zahllose Betriebe ganzer Industriezweige in Deutschland existieren nur noch dank der Sowjetunion. Mindestens 200.000 Arbeiter haben ein volles Jahr Arbeit durch die Sowjetaufträge. Die Sowjetmacht, die die Arbeitslosigkeit im Bereich von 150 Millionen Menschen aus der Welt geschafft hat, demonstriert weiterhin sichtbar die Ueberlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über den bankrotten Kapitalismus.“

„Rote Fahne“ vom 17. September 1931.

Was ist die Wahrheit im deutsch-russischen Außenhandel? Es ist wieder einmal notwendig, gegenüber dem hysterischen Geschrei, das von den Kommunisten über die Sowjetaufträge gemacht wird, sachlich die Tatsachen festzustellen. Lassen wir zuerst die klaren Zahlen sprechen.

Der deutsch-russische Außenhandel umfaßte in den Jahren 1925 bis 1930 die folgenden Werte:

	Ausfuhr nach Rußland in Millionen Mark	Einfuhr von Rußland in Millionen Mark
1925 . . . . .	251	230
1926 . . . . .	266	323
1927 . . . . .	330	433
1928 . . . . .	403	378
1929 . . . . .	354	426
1930 . . . . .	431	436

In den jüngst vergangenen sechs Jahren hat also Deutschland fast immer in Rußland mehr gekauft als die Sowjetunion von Deutschland abgenommen hat. Wie steht es aber nun mit dem Größenverhältnis des heutigen deutsch-russischen Außenhandels, wenn man es mit der Vorkriegszeit vergleicht? Die deutschen Kommunisten tun so, als ob die Sowjetmacht eine ganz neue großartige deutsch-russische Handelsbeziehung geschaffen habe. Auch hier wollen wir vorerst die klaren Zahlen sprechen lassen. Der deutsch-russische Außenhandel betrug in den Jahren 1909 bis 1913:

Ausfuhr nach Rußland in Millionen Mark	
1909 . . . . .	444
1910 . . . . .	547
1911 . . . . .	625
1912 . . . . .	679
1913 . . . . .	880

Diese Ziffern zeigen, daß im Jahre 1930 die Sowjetmacht bei ihren Einkäufen in Deutschland glücklich wieder da angelangt war, wo das alte zaristische Rußland im Jahre 1909 gemessen ist. Hierbei ist zu beachten, daß die in der Zwischenzeit eingetretene Entwertung des Goldes bei unserem Vergleich nicht in Betracht gezogen worden ist. Wollten wir die in der Zwischenzeit eingetretene Goldentwertung von rund 50 Proz. in den Vergleich einbeziehen, so wäre er für die russischen Einkäufe in Deutschland noch ungünstiger.

Wie sieht es nun mit der angeblichen Milliarde Mark Sowjetaufträge im Jahre 1931 aus?

Erstens handelt es sich bei dieser Milliarde Mark Sowjetaufträge nicht etwa ausschließlich um Ausfuhr des Jahres 1931, sondern um Bestellungen, die bis 1933 abgeliefert werden. Bei genauerer Einzelprüfung der Art der Aufträge ist schon heute erkennbar, daß auch 1931 die deutsche Ausfuhr nach Rußland nicht wesentlich höher sein wird als sie 1930 war.

Zweitens kann die Sowjetmacht ihre Einkäufe in Deutschland nicht bar bezahlen. Sie verlangt bis zu vier Jahren Kredit!

Drittens könnten die deutschen Unternehmungen die russischen Aufträge überhaupt nicht akzeptieren, wenn nicht das Deutsche Reich, die einzelnen Länder und sogar Gemeinden für die Bezahlung durch die Russen bis zu 70 Proz. der gesamten Summe die Garantie übernommen hätten.

Viertens haben bisher nicht einmal diese Garantien ausgereicht, um den deutschen Unternehmungen zu ermöglichen, die Sowjetwechsel in den Zahlungstreislauf zu bringen. Deswegen mußte eben erst wieder die Reichsbank mit einem besonderen Rediskontkredit in Höhe von 150 Millionen Mark einpringen.

Fünftens drücken die Russen bei ihren Bestellungen, die sie auf Borg machen und bei denen sie auf Stottern zahlen, so stark auf die Preise, daß der Druck auf die deutschen Arbeiterlöhne besonders stark weiterwirkt. Warum verlangen die Sowjetbehörden bei ihren Bestellungen nicht, daß die deutschen Unternehmer die Tariflöhne für die russischen Arbeiten einhalten?

Sechstens schaffen die russischen Aufträge in Deutsch-



land wie jeder Einkauf des Auslandes bei uns selbstverständlich in gewissem Umfange Arbeit. Die Russen geben sich aber außerdem Mühe, bei uns Arbeitslose zu machen. Die deutschen Sowjetpropheten sollten sich einmal bei den Bekleidungsarbeitern, im besonderen in der Pelzindustrie, aber auch bei den Holzfällern im bayerischen Walde erkundigen. Da würden sie erfahren, daß die billige russische Einfuhr von Bau- und Rohholz und von verarbeiteten Pelzen in Deutschland schon viele Tausende von Arbeitern brotlos gemacht hat. Solche Beispiele gibt es noch viele.

Siebtens beutet die Sowjetmacht die Völker dort, wo sie kann, geschäftlich genau so aus wie die Großkapitalisten der ganzen Welt. Das russische Benzin zum Beispiel wird in Deutschland gemeinsam auf gleichem Niveau und in Verständigung mit dem Rockefeller-Trust und den englisch-holländischen Deterdingleuten verkauft.

Brüst man, wie hier eben geschieht, die Tatsachen der Russenaufträge, dann werden gegenüber früher drei charakteristische Unterschiede sichtbar. Einmal kauft Rußland heute von uns viel weniger als in der Vorkriegszeit, zum anderen kauft es im Gegensatz zu früher jetzt mit mehrjährigem Kredit, und drittens bilden sich die deutschen Kommunisten ein, daß das alles etwas Großartiges, Neues sei, das „weithin sichtbar die Ueberlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über den bankrotten Kapitalismus“ demonstriert.

Selbstverständlich legen wir in Deutschland auch auf den Außenhandel mit Rußland großen Wert. Er steht aber in unserer Ausfuhr nach der ganzen Welt erst an erster Stelle. England kaufte zum Beispiel im Jahre 1930 von uns dreimal soviel (für 1210 Millionen Mark) wie die Sowjetmacht. Ebenso kauften die kleinen Niederlande dreimal soviel (für 1206 Millionen Mark) als die Sowjetunion. Wenn es nun in Deutschland irgendwo Arbeiter gäbe, die in diesen niederländischen, Einfäusen etwas ganz Besonderes sehen, daraus einen Beweis für die Wirkungskraft ihrer niederländisch-religiösen Ueberzeugung machen und die ganze Welt mit Jubelrufen erfüllen wollten, was würde man dann sagen? Die Antwort ist sehr einfach: die Leute haben sich einen eigenen Gott gemacht, beten ihn an, sehen nicht mehr die Wahrheit und sind so trunken, daß sie nüchterne Tatsachen überhaupt nicht mehr erkennen. Das ist das, was man zu dem hysterischen Geschrei über die Milliarde Sowjetaufträge ebenfalls gleichermaßen sagen muß. Doch uns gegenüber die Niederlande nicht durch ihre Regierung als Einkäufer auftreten, während das die russische Regierung tut, zeigt nur, daß in dem einen Lande ein Außenhandelsmonopol existiert und in dem anderen keines. Mit der Lage der arbeitenden Klasse in Rußland hat das an sich gar nichts zu tun.

## Germania docet.

Die „Germania“ erteilt dem „Tag“ eine Lektion.

Im „Tag“ hat gestern morgen zum dritten oder viertenmal Herr von Wedem sein „ceterum censeo“ ausgestoßen: „Im übrigen bin ich der Meinung“ — nämlich, daß die Regierung Brüning verschwinden muß.

Dabei plaudert er auch einiges ganz Interessante über die Entstehungsgeschichte dieser Regierung. Sie ist, wie er erzählt, aus einer Dienststaggelochung entstanden, der neben damals deutschnationalen Abgeordneten auch Herr Brüning angehörte. Ziel dieser Dienststaggelochung sei es gewesen, „eine Reichsregierung der Mitte zu bilden, um die Macht der Sozialdemokratie in Preußen zu brechen“. Die Regierung Brüning, heißt es zum Schluß, habe die Aufgabe, die sie vom Reichspräsidenten erhielt und die sie nicht löste, dem Reichspräsidenten zurückzugeben, und dann müsse die nationale Kampffront die Führung übernehmen.

Die „Germania“ von gestern abend beschäftigt sich mit diesen Ausführungen des Herrn von Wedem in einem Leitartikel und sagt allerhand Vehrreiches über den Ursprung des Wortes „ceterum censeo“ und seinen Urheber Cato (gest. im Jahre 149 v. Chr. Geb.). Uns wäre es, aufrichtig gesagt, interessanter gewesen, wenn sie weniger weit ausgeholt hätte und lieber auf die Geschichte der Dienststaggelochung eingegangen wäre. Schließlich wendet sich die „Germania“ jedoch entschlossen der Zukunft zu, um zu bemerken:

„Uns wird dem „Tag“ bestimmt nicht gelingen, daß sein „Ceterum censeo“ die Reichsregierung ins Wanken bringt und es wird ihm auch nicht gelingen, den Fall Curtius zu einem Falle Brüning und des Kabinetts zu machen. Das können wir dem „Tag“ bestimmt versichern.“

Daraus geht zunächst einmal hervor, daß für die „Germania“ ein Fall Curtius existiert. Zweitens aber auch, daß nach ihrer Meinung oder nach ihrem Rat der Reichskanzler Brüning den Fall seines Außenministers so erledigen wird, daß er selber dabei nicht ins Wanken gerät. Dieser Optimismus ist bemerkenswert. Nach der Lösung der Nachfolgerfrage und nach der Wiedereröffnung des Reichstages wird sich zeigen, ob er auch gerechtfertigt ist.

## Parteidiktator Hugenberg.

Eröffnung des deutschnationalen Parteitag.

Stettin, 18. September.

Als Auftakt zum deutschnationalen Parteitag fand am Freitag eine Sitzung des Parteivorstandes statt, die von Dr. Hugenberg geleitet wurde. In der Sitzung standen in erster Linie organisatorische Fragen zur Debatte. Die anschließende politische Aussprache dehnte sich bis in die Nachtstunden aus. Ueber die Sitzung wurde ein Bericht ausgegeben, in dem es heißt: Zur Durchführung organisatorischer Maßnahmen wurden dem Parteiführer Dr. Hugenberg besondere Vollmachten erteilt. Im Vordergrund der Erörterungen standen Jugend- und Arbeiterfragen. In der anschließenden politischen Aussprache wurden ebenfalls in bewährter Abfolge von demokratischen Gesinnungen das Führerprinzip in den Vordergrund gestellt. Die Aussprache beschäftigte sich vor allem mit den Gefahren, die in den einseitig französischen Kurs unserer Außenpolitik liegen.

Der frühere braunschweigische Minister Dr. Franzen wurde auf seinen Antrag in Kiel als Rechtsanwalt zugelassen und wird seine Praxis hier bereits in nächster Zeit aufnehmen.

# Der Skandal vom Kurfürstendamm

Der Judenpogrom war organisiert. — Frechheit der Angeklagten vor Gericht. Die Polizei ließ den Hauptträdelsführer entfliehen. — Der höfliche Polizeimajor.

Hitler hat in Moabit unter seinem Eide die Legalität seiner Bewegung beteuert. Seine SA-Männer haben ihm gestern im selben Gerichtssaal einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Bereits das Ergebnis des ersten Verhandlungstages im Prozeß der Kurfürstendammhelden hat dem angeklagten Studenten Soy recht gegeben:

Der Judenpogrom am Sonntag, dem 12. September, war planmäßig vorbereitet und nicht minder planmäßig durchgeführt. Die Herren von der obersten Leitung in eigener Person, der Stabsleiter des Gaues Berlin Ernst, der Oberführer Graf Heildorf, mit der Reizeißige in der Hand, und der Führer der Wache des Stabes Berlin Gewehr pendelten im Auto den Kurfürstendamm hin und zurück, überwachten die Durchführung der Aktion, erteilten Befehle, kamen ungeschoren nach Hause und gaben mit Ausnahme von Gewehr Ferkengeld als es galt, vor Gericht in aller Offenheit Rechenschaft abzulegen.

Sie ließen ihre SA-Jungen schuldig werden, brachten ihre Untergebenen wegen Landesfriedensbruchs vor den Richter, um selbst wohlgeborgen in irgendeinem Braumen Hause oder sonstwo gut Wetter abzuwarten. Echt nationalsozialistisches Verantwortungsgelühl!

Während die SA-Jünglinge auf dem Kurfürstendamm eine Erwerbslosendemonstration mimen, Hunger! Brot! Arbeit! schreien, fahren die Regisseure in ihrem Auto mit der Reizeißige in der Hand, unter der Maske harmloser Kurfürstendammbummler durch die Straßen. Auch ein anderes Auto gefiel sich in diesem Pöbelverkehr — es gehörte dem Kameradschaftsführer der dritten Jungstahlkammeradschaft des Gaues III. Auch er wollte sich nur informieren! Begegnete er seinen Stahlhelmsjungen, so schickte er sie nicht nach Hause, sondern warnte sie davor, sich lassen zu lassen. In der getriggen Verhandlung nannten die Stahlhelme die SA-Leute „Kameraden“. Die „Aufseher“, wie Hindenburg die Nationalsozialisten bezeichnete, und die Mitglieder des Stahlhelms, dessen Ehrenmitglied Hindenburg ist, geizt in treuer Kameradschaft beim Judenpogrom! Das sollte sich die Stahlhelmsleitung ins Stammbuch schreiben!

In der Nachmittags-Sitzung im Kurfürstendamm-Pogromprozeß ging die Vernehmung der jugendlichen Angeklagten weiter. Es war immer das gleiche: alle waren sie dabel, niemand von ihnen hatte sich aber in irgendeiner Weise betätigt, der größte Teil war rein zufällig ins Gedränge geraten, ebenso schuldlos verhaftet und auf die Anklagebank gebracht. Tatsächlich ein purer Zufall, daß SA-Leute von dreizehn verschiedenen Stürmen zu vielen Hunderten sich auf dem Kurfürstendamm ausgerechnet am jüdischen Neujahrstage ein Steißdickchen gaben. Da war zum Beispiel der dreißigjährige Betriebsassistent Fischer aus Zehlendorf vom Sturm 49. Ein Bekannter, dessen Namen ihm unbekannt ist, hat ihn aufgefordert, einen kleinen Bummel auf dem Kurfürstendamm zu machen. Der 21jährige Arbeiter Michael vom Sturm 7 wollte sich bloß das Straßenbild ansehen. Der 23jährige schwerverletzte Schmidt, Mitglied der 1. Kameradschaft, das Rüstliche mit dem Angenehmen zu vereinen — sich die Juden am Neujahrstage anzusehen und auf dem Kurfürstendamm ein Glas Bier zu trinken. Wohl haben irgendwelche Leute hinter ihm gepiffen, auch hat er „Deutschland erwache!“ rufen hören, aber daß er etwas gesehen haben sollte, wie das Café Reimann zertrümmert wurde, — nein, das durchaus nicht. „Eigentümlich“, meint der Vorsitzende. „Sie sind nun der 24. Angeklagte, der das vom Café Reimann nicht gesehen hat. Ich kann mir das gar nicht vorstellen!“ Der 21jährige Schächter Hecke stand vor dem Dilemma segeln zu gehen oder sich auf dem Kurfürstendamm den Klamauf anzusehen. Er entschied sich für das letztere. Er sah viel Menschen auf der Straße, hörte Rufe ausstoßen, wollte aber aus dem Anduel heraus und wanderte nun mit seinem Freund von einem Restaurant ins andere. Und das ist er, das NSDAP-Mitglied und Leiter einer Betriebszelle, während seine Gedanken als gute „Erwerbslose“ den „Brillantenjuden“ vom Kurfürstendamm Hunger, Arbeit und Brot ins Gesicht schrien. Der 22jährige Bäcker Oster Jochl vom Sturm 30 hatte ausgerechnet den Kurfürstendamm zum Rendezvousplatz mit seiner Freundin auserwählt. Ein Schäfer ganz besonderer Art ist der 24jährige Schächter Koch. Er hatte den langen Weg von der Petersburger Straße, wo er wohnt, bis zum Kurfürstendamm bloß zu dem Zweck gemacht, um dort vor allen jüdischen Mitbürgern, denen er begegnete, höflich den Hut zu ziehen und ihnen „Proßt Neujahr“ zuzurufen. „Warum laten Sie das?“ fragte ihn der Vorsitzende. „Um den Leuten eine kleine Aufmerksamkeit zu erweisen.“ Rufe, wie „Juda verrede“, hat er selbstverständlich nicht gehört, geschweige denn selbst ausgestoßen.

Der Sturm 33, berichtigt durch seine vier Prozesse im ebendenselben Gerichtssaal, ist auch diesmal gut vertreten — mit ganzen fünf Mann. Wieviel Mitglieder dieses Sturmes auf dem Kurfürstendamm ihren Heldenmut an wehrlosen Mitbürgern betätigt haben, verraten die Angeklagten selbstverständlich nicht. Dem 20jährigen Arbeiter Scheffler, Mitglied dieses Heldensturms, wurde bereits am Freitag erzählt, daß auf dem Kurfürstendamm eine Schlägerei stattfinden würde. Also fuhr er am Sonnabend dahin, hörte „Arbeit, Brot und Hunger“ rufen und wurde ganz ungerichtetigterweise von einem Beamten mit dem Gummistülpel bearbeitet. Der 26jährige Bäcker Kaydorf gehört bereits seit vier Wochen diesem Sturm nicht mehr an; es fehlt ihm das Geld, um alles mitzumachen. Er hoffte, auf dem Kurfürstendamm den jüdischen Silvester mit Feuerwerk zu erleben. Auch den 21jährigen Bäcker Angerstein vom Sturm 33 hatte die Reugierde zum Kurfürstendamm getrieben. Das ist ein ganz Schläuer. Der Klamauf sei hier künstlich hervorgerufen worden, erklärt er. Eine ähnliche Erklärung mit einer nicht mißzuverstehenden Anspielung auf die Kommunisten bediente sich auch der 18jährige Arbeiter Courdeuz und der 21jährige Bäcker Dziemien. Das war aber alles gewissermaßen nur Kleinzeug.

Der 26jährige Arbeiter Ponce ist aber Führer des Sturm 43. Im Gegensatz zu seinen mitangeklagten Untergebenen bestritt er, irgendwelche Befehle in bezug auf die Demonstration auf dem Kurfürstendamm gegeben zu haben.

Die Erwerbslosen, behauptet er, hätten sich einmal die Brillantenjuden auf dem Kurfürstendamm ansehen wollen. Er bestritt auch, die Schreiben vom Café Reimann eingeschlagen zu haben. Die Pistole, die bei ihm gefunden wurde, trägt er bereits zwei Jahre bei sich zum Schutz gegen die Kommunisten. Eine Anweisung von der Obersten SA-Leitung sei nicht erteilt worden.

Wie es aber in Wirklichkeit mit dieser Obersten SA-Leitung stand, erfuhr man von dem Führer der Wache des Stabes Berlin-Brandenburg, dem 23jährigen Ingenieur Georg Gewehr. Seinen Dienst tut er in der Hedemannstraße. Er hat dort für den Ablauf des Verkehrs zu sorgen. Auch die Autos für die Führer vermittelt er. Bloß an diesem Tage hat er es nicht getan.

Am Nachmittag des 12. September besaßen er, der Stabsleiter Ernst und der Oberführer Heildorf ein Auto. Man fuhr zuerst in ein Kaffeehaus, dann in ein anderes und ein drittes, gab sich weiter nach Halensee und pendelte von dort aus den Kurfürstendamm entlang hin und zurück; etwa fünf- bis sechsmal.

„Zu welchem Zweck?“ fragte der Vorsitzende. „Um sich zu informieren.“ Einmal stieg man auch aus und unternahm eine Informationstour zu Fuß. Eigentlich war nichts Auffälliges zu bemerken. Die Leute demonstrierten, schrien „Hunger“, verhielten sich aber im großen und ganzen ruhig. Einmal wurde das Auto von einem Major angehalten.

„Graf Heildorf“, sagte der Polizeioffizier, „was haben Sie uns hier eingebrockt?“ „Das sind doch keine Nationalsozialisten“, erwiderte darauf Graf Heildorf, „das sind ja Erwerbslose, vielleicht sind es Kommunisten, höchstens einige Nationalsozialisten darunter.“ „Dann sagen Sie Ihren Leuten, daß Sie sich beruhigen sollen, rufen Sie sie zur Ordnung, schicken Sie sie nach Hause“, sagte der Major.

„Und was geschah?“ fragt der Vorsitzende. „Es konnte ja nichts geschehen“, meint der Angeklagte, „höchstens bei der Gedächtniskirche sahen wir unsere Leute. Einmal kam ein Mann aus uns zugelaufen, stellte sich auf das Trittbrett und erzählte was. „Das ist ja allerhand“, erklärte Heildorf, „sehen Sie zu, daß Sie die Leute zum Bittenbergplatz abdrängen.“ Der Wagen des Stabsleiters Ernst wurde schließlich von einem Privatwagen, der ihn längere Zeit beobachtet und verfolgt hatte, gestellt.

Alle drei Herren wurden zur Wache gebracht und nach Feststellung ihrer Namen nach Hause geschickt.

Man mußte ja damals noch nicht, daß die Sache planmäßig organisiert war. Herr Gewehr ist höchst empört, daß man es gewagt hat, ihn zwei Tage später festzunehmen.

Nicht minder empört darüber ist der 27jährige Kaufmann Kühn, der Eigentümer des Autos. Da er beschäftigungslos ist, stellt er seinen Wagen des öfteren der Hedemannstraße zur Verfügung. Auch diesmal fuhr er drei nationalsozialistische Herren, die er nicht kannte — natürlich erkennt er auch seinen Nachbarn, den Kurfürstendamm Gewehr, nicht wieder. Was die Herren auf dem Kurfürstendamm eigentlich wollten, ahnte er nicht im geringsten, daß sie an Passanten Anweisungen gegeben hätten, hat er nicht bemerkt; auch hat sich niemand auf das Trittbrett des Autos gestellt, ein Gespräch mit einem Major hat allerdings stattgefunden, eine kleine Sprittour zu Fuß haben seine Fahrgäste tatsächlich gemacht, und von einem Privatauto ist sein Auto wirklich zur Wache gebracht worden. Wieviel er für die Fahrt bekommen habe, ist Geschäftsgeheimnis.

Und schließlich der Kameradschaftsführer der Dritten Jungstahlkammeradschaft vom Gau III, der 31jährige Diplomingenieur Wilhelm Brandt.

„Ich habe ein vollkommen reines Gewissen“, erklärte er. „Ich hörte, daß es auf dem Kurfürstendamm Klamauf geben würde, ich bestieg mit drei Kameraden ein Auto, fuhr zuerst in die Fasanenstraße zum jüdischen Tempel, es war alles ruhig; auch am Kurfürstendamm war wenig los; bloß um die Gedächtniskirche herum gingen Gruppen hin und her und riefen: Deutschland erwache! Ich sagte zu meinen Leuten: „Kinder, man sieht ja nichts“, ließ zwei Kameraden beim Wagen, ging ein paar Schritte weiter und sah nun Demonstranten in Gruppen von 50, 100 und 200 Mann. Mit einem Wort, einen großen Zirkus. Ich traf auch drei bis vier Kameradschaften vom Chaulottenburger Stahlhelm. Als mich dann ein Beamter aufsuchte, mit meinem Wagen weiterzufahren, fuhr ich auch los; wurde aber später noch von zwei Stahlhelmkameraden angerufen. „Gudt ihr euch das jüdische Neujahr an“, fragte ich sie. — „Ja“, erwiderten sie grinsend. Der eine erzählte, er hätte ein feststehendes Messer bei sich. „Wenn du dich nicht kriegen läßt, dann tut es nichts“, sagte ich zu ihm... Der Vorsitzende unterbricht hier die humorvollen Ausführungen des Angeklagten mit der Feststellung, daß er

wegen Rädelsführerschaft angeklagt ist und daß er sich dessen wohl nicht bewußt ist, daß bei Verurteilung mildernder Umstände die Strafe zehn Jahre Zuchthaus betragen kann.

Der Angeklagte meint darauf, daß er sich gar keiner Schuld bewußt sei, er finde es empörend, wie die Beamten unschuldige Leute behandelt hätten und daß man ihn, der harmlos der Auforderung der Polizei, ins Polizeirevier zu kommen, gefolgt sei, verhaftet habe.

Der harmlose Stahlhelmführer ist bereits einmal wegen Sachbeschädigung und ein anderes Mal wegen Verstoßes gegen das Republikstrafgesetz bestraft. Uebrigens hat er auf dem Kurfürstendamm noch einen zweiten Stahlhelmgemeinschaftsführer getroffen.

Die Vernehmung der Angeklagten wurde gestern beendet. Heute folgen die 44 Zeugen der Anklage und wer weiß noch wieviel Zeugen der Verteidigung. Dem Antrag der Verteidiger auf Haftentlassung wurde nur in bezug auf zwei Angeklagte stattgegeben — wegen Krankheit. Gegen alle übrigen Angeklagten wurde wegen Fluchtverdachts ein Haftbefehl erlassen. In der Begründung des Gerichts hieß es u. a., daß ja der Stabsleiter Ernst und der Oberführer Heildorf tatsächlich geflüchtet seien. Auf dem Gerichtstisch liegt nur noch die Reizeißige des Herrn von Heildorf...

## Hitler-Demonstration in Braunschweig

Die Aero Franzen wird von neuem cröffnel.

Braunschweig, 18. September. (Eigenbericht.)

Der neue Reichsminister von Braunschweig hat jetzt für seine Berufung an Adolf Hitler seinen Dank abgestattet, indem er das von seinem Vorgänger Franzen verhängte Demonstrationssperdort aufgehoben hat. Am Sonntag spricht Hitler in Braunschweig. Er wünscht zugleich eine Parade über die SA-Leute abzunehmen. Was Hitlers Wunsch ist, ist Klages Befehl. So wird in Braunschweig registriert.



# Fahrt ins Wochenende.

## Im Süden Berlins. — Eine Wanderung zu schönen Parks.

Berlin ist nicht nur eine Stadt der nüchternen Sachlichkeit. Berlin hat viel für sein schönes Aussehen getan. Überall, wo immer es nur möglich war, gibt es Bäume und Grünflächen und Blumen. Berlin ist geradezu eine Stadt der Parks geworden. Diese Entwicklung ist von der Sozialdemokratie im Rathaus stets gefördert worden.

Wir fahren heute mit der S-Bahn ab Potsdamer Vorortbahnhof bis Lichterfelde-Ost oder auch mit den Straßenbahnlinien 56, 66, 74 und 96 sowie der Autobuslinie A 23 nach Lichterfelde, um den herrlichen Parks dieses Berliner Ortsteiles einen Besuch abzustatten. Da sind zunächst der Schlosspark und der anschließende Gemeindepark, die die Ufer des Teltowkanals säumen. Der alte Schlosspark gehört zu den weniger bekannten im Gebiet des neuen Berlins. Er war lange Zeit geschlossen und ist erst vor kurzem der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Er kann an den Sonntagen sowie Dienstags und Freitags von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags besucht werden. An seinen Eingängen leuchtet warnend rote Schrift: Achtung, Naturschutzgebiet. Wir werden eindringlich ermahnt, Bäume, Blumen und Sträucher zu schonen. Aber es ist ein Park, wie es nur wenige in Berlin gibt. Es ist ein Urwald in unserer Stadt. In dem alten Bett der Bäche, in dem längst kein Wasser mehr fließt, wuchert eine üppige Vegetation. Schachtelhalme, Nesseln, Farnkräuter. Über sie hinweg ragen Palmen und Tannen, Kakajien und Birken, Erlen und Eschen, Buchen und Linden auf. Schlinggewächse klettern an den Bäumen empor und dazwischen gibt es noch Jasmin, Holunder und andere Sträucher. Das ist ein Kampf um das Dasein, um den Platz an der Sonne. Hier haben auch die Vögel ihr Reich, hier sind sie ungestört vor den Nachstellungen der Menschen. Zuweilen sind in dem Park zierliche Futterhäuschen eingefügt und aus allen Zweigen klingt die Sprache der Vögel. Die Zeit, wie sie vor Jahrtausenden war, ist hier wieder aufgemacht. Vergangenheit wurde Gegenwart. Das kleine Schloss im Park errichtete einst der Hamburger Großkaufmann Carstenn, der auch der eigentliche Schöpfer von Lichterfelde ist. Er war ein Mann, der einen Blick für die Entwicklung der Weltstadt hatte. Seine Prophezeiung, daß Berlin einst bis Potsdam reichen werde, ist 1921 zur Wahrheit geworden. Das Gelände um das kleine Schloßchen ist abgezaunt. Aber es ist geplant, auch diesen Teil des Schlossparks einmal der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, erst dann wird der Schlosspark von Lichterfelde den Besuchern seine ganze Schönheit darbieten.

Wir verlassen den Park durch einen der zum Teltowkanal führenden Ausgänge, gehen dann über die Krahmer-Brücke und erreichen gleich rechts von der Brücke den Gemeindepark, in dessen schattigen, wohlgepflegten Anlagen auch ein Denkmal für den Altmeister der Fliegerei, Otto Lilienthal, errichtet wurde, der am 9. August 1896 in den Glindecker Bergen verunglückte. Lilienthal wohnte in der letzten Zeit seines Schaffens in Groß-Lichterfelde. Von seiner Arbeit gibt uns ein anderer Park Kunde, der fast an der jüdischen Grenze Berlins liegt, der Park um den Karpenteich. Der Karpenteich liegt etwa 20 Minuten südlich des Bahnhofes Lichterfelde-Ost. Der Zugang ist von der Steinstraße aus möglich. Nördlich vom Karpenteich ragt der sogenannte Lilienthal-Berg auf, von dem Otto Lilienthal seine ersten Gleitflugversuche unternahm. Es ist eine Aufschüttung von etwa 15 Meter Höhe, zu der die Haldebestände einer ehemaligen Tongrube benutzt wurden. Die Tongrube selbst lag an der Stelle des heutigen Karpenteiches. Sie fiel einem Wassereintrich zum Opfer. Nun hat sie sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem wunderhübschen, kleinen See entwickelt, dessen Anblick an manche der kleinen, verwunschenen Schwarzwaldböden erinnert. Hohe Tannen stehen am steilen Uferstrand und spiegeln sich im grünen Wasser.

Auf dem Lilienthal-Berg selbst wurde ein einfacher tempelartiger Holzbau errichtet, an dessen Decke das Gerippe eines der Flugzeuge befestigt wurde, die Lilienthal bei seinen Versuchen benutzte. Am Fuße des Berges steht eine von Prof. Breuer geschaffene Büste Lilienthals, die leider durch die Witterungseinflüsse schon erheblich



Lilienthaldenkmal im Gemeindepark Lichterfelde.

mitgenommen ist. Der Hügel soll jetzt gärtnerisch besser gestaltet werden. In der Wirtschaft am Karpenteich kann man sich von der ausgedehnten Wanderung gut erfrischen.

Wer noch Zeit und Lust hat, kann vom Karpenteich aus unter Benutzung der Straßenbahnlinie 96, die man in der Nähe des Bahnhofes Lichterfelde-Süd erreicht, nach Eichsdorf und Machnowe Schleuse fahren und von hier eine Wanderung nach Potsdam oder Wannensee anschließen.

## Wieder ein Flugzeugabsturz.

### Führer und Begleiter getötet.

Die Dapflität der Ereignisse hat sich in der Fliegerei wieder in tragischer Weise gezeigt. Nachdem vorgejert aus Schweden die Nachricht gekommen war, daß dort ein deutsches Flugzeug, eine für Luftbildaufnahmen gecharterte BFW. M. 18, verunglückt sei, wobei alle vier Insassen den Tod fanden, ereignete sich am gestrigen Freitagmorgen in Württemberg ein ganz ähnliches Unglück. Aus bisher noch unbekanntem Gründen stürzte gegen 4 Uhr bei dem Orte Geislingen eine BFW. M. 23 ab, die dem Augsburger Luftbildunternehmen Streble gehörte. Der Pilot und sein Begleiter fanden dabei den Tod.

## Großbetrüger gesucht.

### Hunderttausende erbeutet. — Bisher 80 Anzeigen.

Monatelang hat es ein Schwindler in Berlin verstanden, zahlreiche auswärtige Geschäftsleute und Firmen, die Generalvertretungen suchten, hinteres Licht zu führen. Dem Betrüger dürften nach vorläufiger Schätzung über hunderttausend Mark in die Hände gefallen sein.

Es handelt sich um den 38 Jahre alten „Kaufmann“ Herbert Seligsohn, der zuletzt in der Luisenparkstraße 25 im Westen Berlins wohnte. Seine Betrügereien beging Seligsohn unter fortwährendem Namenswechsel, so nannte er sich einmal Max Hef, das andere Mal hieß er Willi Riedel. S. wird nicht nur von der Berliner Staatsanwaltschaft gesucht, sondern auch die Breslauer und Kölner Oberstaatsanwaltschaft haben Haftbefehle gegen ihn erlassen. Bisher ist es S. immer gelungen, rechtzeitig zu verschwinden. Um die Firmen, mit denen er in „Geschäftsverbindung“ trat, recht sicher zu wiegen, gründete er vor einiger Zeit die „Demag“, Deutsche Waren-Gesellschaft für Handel und Industriebedarf. Es sollte sich angeblich um eine Tochtergesellschaft der in Liquidation befindlichen Deutschen Werke in Spandau handeln. Durch Zeitungsinserate suchte Seligsohn für seine Waren, die zum größten Teil nicht bezahlt waren, hauptsächlich in der Provinz Generalvertreter. Zum Teil ließ er sich die Auslieferungslager gleich bar zahlen oder nahm den Betroffenen hohe Kauttionen ab. Durch geschickte Verträge und Drohbriefe gelang es ihm immer, wenn einer der Betrogenen gegen ihn gerichtlich vorgehen wollte, das Schlimmste zu verhindern. Endlich entschlossen sich doch einige Geschäftsleute, die ihr Geld nie wiedersehen, zu einer Anzeige. Innerhalb weniger Wochen haben annähernd 80 Geschädigte gegen Seligsohn Anzeige erstattet. Als die Kriminalpolizei einschreiten wollte, war S. bereits geflüchtet. Sein ganzes Büro bestand aus einem Zimmer, das zu seiner Privatwohnung gehörte.

Wie die jetzt täglich aus allen Teilen des Reiches eingehenden Anzeigen beweisen, hat S., dem in Berlin der Boden zu heiß geworden ist, sein Tätigkeitsfeld in die Provinz verlegt. Er reist im Auto umher und findet immer wieder Leute, die ihm auf den Veim gehen. Die Hotelrechnungen bezahlt er mit ungedeckten Schecks der „Demag“. In kurzer Zeit muß der Schwindler bereits wieder Tausende erbeutet haben. Von der Polizei wird vermutet, daß der größte Teil der Betrogenen noch gar keine Anzeige erstattet hat; man rechnet mit weit über hundert weiteren Geschädigten.

## Spur der Züsterboger Verbrecher?

### Eine seltsame Postkarte.

Darmstadt, 18. September.

Die Darmstädter Kriminalpolizei sündet nach einer Frau Berta Krosskinn, die als Mitwisserin in der Angelegenheit der jüngsten Eisenbahnattentate in Betracht kommen soll und sich am Mittwoch in Heppenheim an der Bergstraße aufhielt. Von dort aus hatte sie an die Darmstädter Polizei eine anonyme Postkarte geschickt, auf der sie mitteilte, daß am Freitag oder Sonnabend auf den Schnellzug nach Altona in der Nähe der Station Langen in Hessen ein Attentat geplant sei. Die Frau erklärte in der Anzeige weiter, sie sei Mitglied einer Bande gewesen, habe aber ihre Verbindung mit dieser gelöst, weil ihr Geliebter eine andere Freundin genommen habe. Sie wolle sich im Walde erhängen, möchte aber noch erleben, daß das Verbrechen verhindert werde. Sie beschrieb ihren Freund, den sie Klaus nennt, der aber einen anderen Namen haben soll, als einen schwarzhaarigen Mann, der etwas hinten, Goldzähne besitze und eine Narbe auf der Brust habe. Die Karte ist aus Heppenheim nach Darmstadt geschickt worden. Die Darmstädter und die Frankfurter Kriminalpolizei haben gemeinschaftlich die nötigen Maßnahmen getroffen und die Eisenbahnbehörden informiert.

# WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN  
VON Fabj Scherret.

„Ja, ja!“ sagt James.  
„Geh, sei lieb!“  
„Ja, ja!“ Er gleitet mit den Fingern über ihr Haar.  
Sie hängt sich in seinen Arm und zieht ihn ins Neben-zimmer.

James trinkt hastig einen Kognak. Er will sich verabschieden. Wilma hält ihn nicht zurück. Geh du nur, denkst sie, du kommst wieder. Sie küßt ihn und sieht ihm lächelnd in die Augen.

„Komm ins Arbeitszimmer, ich muß mit dir sprechen.“  
James nickt Fränze stützig zu. Er wartet nicht den Kaffee ab, den das Mädchen sofort bringen wird. Harry findet dagegen Zeit, seiner Tante die Hand zu küssen und ihr ein Kompliment über das blühende Aussehen zu machen. Fränze fühlt sich wohl. Sie friert nicht und ist frei von Schmerzen. Außerdem findet heute der jour sig statt.

„Bleibst du zum Tee oder willst du noch ins Geschäft?“  
Fränze mag ihren schönen Neffen gern den literarischen Gästen präsentieren. Man lebt nicht von der Kunst allein.

Harry denkt nicht im Traum daran, sich auch nachmittags im Büro zu langweilen. Er hat James bereits schonend darauf vorbereitet. Aber er soll Nora Marx besuchen, allerdings erst um sechs Uhr. So bleibt ihm Muße, sich mit den Kunstbessenen zu beschäftigen. Sie sind keine ausreißend interessanten Leute, treiben es mit dem tierischen Ernst, bilden jedoch ständig Objekte sanfter Spottes und harmloser Heiterkeit.

James sitzt am Schreibtisch und kaut an der Zigarre.  
„Warum läßt du mich warten?“  
„Du brauchst nicht zu schnauzen. Man behandelt liebe Tischgäste sanfter und humaner. Bitte, du hast geradezu diktatorisch gefordert, ich solle bei euch essen.“

„Hör auf!“ James stoppt mit energischer Bewegung den Redestrom. „Bediene dich mit Whisky und gib mir ein Glas.“

Da stimmt irgend etwas nicht. James ist sonst nicht für unverdünnten Whisky zu haben. Während Harry die Gläser

füllt, beobachtet er den Onkel. Das volle Gesicht spielt ins Gelbliche. Die Augenbrauen zucken und die Hände sind keinen Moment ruhig.

James philosophiert eine Zeitlang über dem Whiskyglas. Dann jagt er stotternd:

„Ich wollte mit dir eine Angelegenheit besprechen.“ Er sieht Harry nicht an. Er richtet vielmehr seinen Blick auf einen kleinen Fleck in der hellgrauen Hose. „Etwas Geschäftliches.“ fügt er schnell hinzu. „Ja, ja, etwas Geschäftliches. Schließlich siehst du mir am nächsten.“

„Ich glaube, Wilma bedeute dir mehr.“ Harry konstatiert nur eine Tatsache. Er vermeidet jede Schärfe.

James schlägt mit der Faust auf die Schreibtischplatte. „Schweig.“ würgt er hervor.

Harry sieht ihn entgeistert an. Was soll das. Ist James verrückt geworden? Will er eine Komödie aufführen? Jeder kennt das Verhältnis.

„Einschuldige . . .“  
Weiter kommt er nicht. James hat sich schwerfällig erhoben und tritt dicht vor ihn.

„Ich muß mich entschuldigen. Sei mir nicht böse.“ Er ergreift Harrys Hände und preßt sie wie in einem Schraubstock. Seine Hand ist klebrig.

„Rein Gott, was fehlt dir?“ Harry weiß sich keinen Reim zu bilden.

„Laß nur!“ James winkt müde ab. Er tritt ans Fenster.

„James, lieber James.“ Harry zerrt ihn an den breiten Schultern. „Sprich doch endlich, ich bitte dich!“

James dreht sich langsam um. Seine Finger tasten durch Harrys Haar. „Es ist doch alles zwecklos.“ Merkwürdig dünn ist die Stimme geworden. „Völlig zwecklos.“ Er geht durchs Zimmer, bleibt am Rauchtisch stehen und spielt mit dem Verschluss der Whiskyflasche. „Wilma hat mir gestern abend gedroht. Jawohl, das hat sie getan!“

„Gedroht? Womit?“ Harry begreift nichts. „Wie kann Wilma dir drohen?“

„Ach, keine Drohung im eigentlichen Sinne, das nicht.“ James versinkt in Schweigen. Es ist so schwer, einen Eindruck klar zu formen, ihm durch die Sprache einen Sinn zu geben, ein Gefühl, eine Ahnung in die Sphäre des denkenden Bewußtseins zu heben. „Die Atmosphäre zwischen uns war plötzlich gespannt. Wilma hat nichts klar gesagt. Sie deutete nur an, daß eine Sekretärin allerlei Geschäftliches wisse, besonders wenn sie die Geliebte ist. Aber das alles ist nicht so wichtig. Es gibt Schlimmeres, weit Schlimmeres.“ Jetzt ist

der automatische Verschluss an der Whiskyflasche abgebrochen. „Wenn ich an diesen Griffon denke. . . Wie kann sich ein Mensch derart benehmen!“

„Griffon . . .? Hast du mit ihm zu tun? Ich dachte, er verkehrte nur hier privat bei euch?“

„Bestern hab ich die Geschäftsverbindung mit ihm aufnehmen müssen. Leider, leider! Marx wollte Geld sehen, sonst hätte er die Aktien verkauft. Dem Mann ist daraus kein Vorwurf zu machen. Der Kurs ist um 40 Prozent abgerutscht, und ich habe doch nur die Hälfte bezahlt. Schöne Geschichte!“ James lacht auf. „Gebettelt habe ich, bis der Herr sich endlich entschloß. Dieser Griffon, dieser Schieber! Woher hat er heute soviel Geld? Betrügereien und Bestechungen!“

Die ruhige Haltung des Großkaufmanns ist dahin. Ein ganz gewöhnlicher Sterblicher schreibt seinen Ärger in die Welt und zittert vor dem nächsten Tag. „Endlich gab er mir, aber Sicherheiten mußte ich stellen, daß mir die Augen tränten. Das Haus und einen Teil des Lagers habe ich verpfändet. Dieser Halsabschneider!“

Harry sieht nun klar. James mauert auf Aktien, die er vergessen hat, bei der Haufe abzustofen. Die alte Sache! Leute, die nicht zur Spekulation geboren sind, sollen die Finger davon lassen, sonst verbrennen sie sich ekelhaft.

„Ich habe meine paar Dingerchen rechtzeitig verkauft.“ bemerkt er nebenbei. „Aber sag mal, was willst du machen, wenn der Kurs noch weiter abfällt?“

„Noch weiter . . .? Das ist unmöglich. Das ist völlig ausgeschlossen. Oho, ich würde jetzt kaufen, wenn ich flüssig wäre. Westkohlle und weiter fallen, daß ich nicht lache! Bedenke doch, welche riesenhafte Werte hinter der Aktie stehen. Nein, nein, nein, sie wird in den nächsten Tagen wieder steigen!“ Er sieht jetzt die Dinge, wie er sie gern sehen möchte.

„Lieber James, jede Aktie ist nur ein fiktiver Wert. Du darfst dir in diesem Augenblick nichts vormachen. Du mußt klar sehen. Die Arbeitslosigkeit steigt und die Produktion fällt. Warum soll also die Aktie steigen.“

„Weil Werte da sind!“ schreit James fassungslos. „Du bist zu jung und zu dumm, um diese Dinge zu begreifen, trotz deines Dokortitels.“

Harry gerät in Hitze. „Du bist zehn Jahre älter als ich und warst so idiotisch, dein ganzes Geld in eine Börsenspekulation hineinzusteden. Ein gutes Geschäft hast du einmal seit langer Zeit gemacht, damals mit der Lieferung nach den Randstaaten. Aber du kannst nicht damit rechnen, daß diese Geschäfte zur Tagesordnung gehören. Die Welt erstickt in Getreide. Ritt dich der Satan?“ (Fortsetzung folgt.)



# Bilanz der Freibäder.

Strandbad Wannsee und Müggelsee bleiben geöffnet.

Am 15. September haben die städtischen Strand- und Freibäder, mit Ausnahme der Strandbäder Wannsee und Müggelsee, die das ganze Jahr geöffnet bleiben, ihre Pforten geschlossen.

Trotz der außerordentlich ungünstigen Witterung in den Sommermonaten und unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage konnten die städtischen Strand- und Freibäder eine Besucherzahl von 3 564 100 im Vorjahr: 3 652 000 aufweisen.

Das Strandbad Wannsee, die schönste und größte Anlage der städtischen Freibäder, wurde auch in diesem Jahr von annähernd 1 Million Badegästen aufgesucht. Der Wassersportplatz Plöbensee folgt an zweiter Stelle mit 835 000 Besuchern. Das im letzten Jahr im zweiten Bauabschnitt fertiggestellte Strandbad Müggelsee war das Ziel von 310 000 Erholungsuchenden.

Das Ergebnis der diesjährigen Badezeit ist: für das Flußbad Lichtenberg 244 000 (i. V. 280 000), Zigeleisee Lübars 167 000 (i. V. 149 000), das Volksbad Jungfernhöhe 135 000 (i. V. 133 000), das neu eingerichtete Schwimmbad im Teltowkanal 130 000, Freibad Adlershof 120 000 (i. V. 114 000), Familienbad Westen 97 000 (i. V. 109 000), Schwimmbad im Weisensee 96 000, Freibad Oraniensee 84 000, Strandbad Grünau 76 000 (i. V. 81 000), Freibad Oberschöneweide 62 000 (i. V. 60 000), Badeanstalt im Südpark (Spanbau) 55 000 (i. V. 58 000), das Strandbad Wendenschloß 34 000 (i. V. 38 000), Freibad Friedrichshagen 29 000 (i. V. 31 000), Planschwab Wilhelmstrand (Oberspree) 29 000 (i. V. 29 000), Flußbad Gartenstraße (Höpenid) 27 000 (i. V. 28 000), Freibad Brömännerstraße 29 000 (i. V. 33 000), Tegeleufer Promenade 17 000.

Das Strandbad Wannsee hat zum erstenmal in diesem Jahr auch die Erteilung von Schwimmunterricht eingeführt, und das Strandbad Müggelsee hat besondere Einrichtungen geschaffen, um die Erteilung von Schulschwimmunterricht für die Kinder der Zentralschule Rahnsdorf zu ermöglichen.

# „Vertreter für amerikanische Autos“.

Ein junger Graf unter Anklage des Betruges.

Gegen den 22jährigen Grafen Ludwig v. Königsdorff hat die Staatsanwaltschaft III Anklage wegen Betruges in fünf Fällen und verurteilter Erpressung in zwei Fällen erhoben.

Der jugendliche Angeklagte ist der Sohn des Grafen Eberhard v. Königsdorff, der sich im vorigen Jahr mit seiner Ehefrau wegen Kredit- und Wirtschwindels vor dem Schöffengericht Charlottenburg zu verantworten hatte. Wegen ähnlicher Betrügereien hat sich nun der Sohn des gräflichen Ehepaars vor demselben Gericht zu verantworten. Die Eltern des Angeklagten hatten früher ein großes Vermögen, waren aber später gänzlich verarmt. Der Angeklagte hatte nichts gelernt und war mittellos im Sommer vorigen Jahres nach Berlin gekommen. Er mietete ein Zimmer und gab an, doch ein Vertreter einer amerikanischen Autofirma sei, 900 M. festes Gehalt und Provision beziehe, außerdem von seiner Tante, der kürzlich verstorbenen Witwe eines der größten Industriellen des Rheinlandes, monatliche Unterstüzungen erhalten habe. Nachdem er die ersten Mietraten bezahlt hatte, blieb er den Rest schuldig. Auf diese Weise hat er fünf Zimmervermietler bzw. Zimmervermittlerinnen um erhebliche Beträge für Miete und verauslagte Fernspreckgebühren geschädigt. In einem Falle wohnte er bei einem pensionierten Major, der ihn aus der Wohnung hinaussehen wollte, weil er nicht zahlte. Der Angeklagte schrieb nun, daß er die Wohnung auf ein Jahr gemietet habe und nur ziehen werde, wenn er eine Quittung bekomme, daß er seine Mietschulden bezahlt habe. Im anderen Falle werde er wegen des aufgezwungenen Unzuges eine Schadenersatzklage über 600 M. anstrengen. Eine Zimmervermittlerin hatte einen Freund des Angeklagten gebeten, diesen zu veranlassen, seine Schulden zu bezahlen. Der Angeklagte verlangte von der Frau daraufhin wegen „Kreditbeschädigung“ einen Schadenersatz von 500 M. In beiden Erpressungsfällen hatte der Angeklagte keinen Erfolg, so daß es nur bei dem Versuch geblieben ist. Wegen dieser Straftaten sollte sich v. Königsdorff vor dem Schöffengericht Charlottenburg verantworten. Der Prozeß verlief aber der Verurteilung, da der Angeklagte durch Rechtsanwalt Dr. Sidney-Wendel die Ladung von Zeugen beantragte, weil er nachweisen will, daß er Aussicht auf Automobilgeschäfte gehabt habe, durch die er seine Schulden hätte bezahlen können.

# Ein neues „Falke“-Abenteuer?

Hamburg, 18. September.

Nach einer Auslandsmeldung aus Port of Spain soll der Dampfer „Jise Vormauer“, der seinerzeit unter dem Namen „Falke“ bei dem mißglückten Versuch in Venezuela eine gewisse Rolle spielte, neuerdings bei der Revolution in Kuba wiederum zum Waffenschmuggel benutz worden sein. Das Schiff soll inoffiziell vor einem kubanischen Kriegsschiff haben flüchten müssen und dank seiner großen Geschwindigkeit auch entkommen sein.

Zu dieser Meldung erfährt ein Hamburger Blatt von dem in Bargeheide bei Hamburg wohnhaften Kapitän Ernst Vormauer, der den Dampfer „Falke“ seinerzeit, als er in Port of Spain an der Kette lag, gekauft hatte, folgendes: Vormauer habe den in „Jise Vormauer“ umgetauschten Dampfer in Port of Spain nach Havanna befrachtet und den dortigen deutschen Konsul beauftragt, den Dampfer für ihn zu verkaufen, da er keine Rückfracht erhalten und freizügig nach Deutschland hätte zurückkehren müssen. Der deutsche Konsul in Havanna habe angeblich das Schiff an einen deutschen Reichsangehörigen namens Hausmann aus Braacklon verkauft. Da die Kaufsumme bisher noch nicht zu erhalten gewesen, sei das in Kuba beheimatete Schiff auch noch nicht aus dem deutschen Schiffsregister gestrichen worden. Was mit dem Schiff inzwischen geschehen sei, wisse Vormauer nicht, halte aber nach seinen Erfahrungen die Möglichkeit der ausländischen Redung für möglich.

# Das Grab unter der Mauer.

Ein merkwürdiges Begräbnis fand gestern in Klein-Glienicke statt. Um 5 Uhr nachmittags wurde die Leiche des Prinzen Friedrich Leopold von der Kapelle in Nikolajew in den Alten Park nach Glienicke übergeführt. Man glaubte natürlich, daß sich der Prinz an der Seite seiner Kinder auf dem Familienfriedhof begraben lassen würde. Weit gefehlt! Der Prinz hat den letzten Wunsch geäußert, nicht an der Seite seiner Hohenzollernkinder begraben zu werden, sondern unter der Mauer des Friedhofs. Noch in der Nacht mußte die Mauer abgerissen werden, um hier eine Gruft zu schaffen. Als der Trauerzug ankam, sahen vor der Gruft die beiden Lieblingshunde des Prinzen, Lam und Rag, gehalten von zwei Fortpfleimern. Friedrich Leopold wollte

# Volksgesundheit über alles.

Gegen die Gefahren des Abbaus der vorbeugenden Gesundheitspflege.

Zu einer Aussprache über die Gefahren des Abbaus der vorbeugenden Gesundheitspflege hatten gestern die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugendberufshilfe und Heilfürsorge“ und die Spitzenverbände der Fürsorgeorganisationen nach dem Preussischen Ministerium für Volkswohlstand eingeladen. Ministerialdirektor Dr. Schneider begrüßte die Versammlung und machte auf die Gefahren aufmerksam, die dem gesamten Volke durch unzureichende Ersparnisse auf dem Gebiet der Fürsorge drohen.

Es müsse zweckmäßig gespart werden, nicht schematisch. Nicht richtig sei es, die freiwilligen Aufgaben, die vorbeugende Fürsorge, zu streichen und die Ausgaben für die Pflichtaufgaben unberührt zu lassen. Auch bei den Pflichtaufgaben könne manches rationeller und sparsamer gestaltet werden. Die Stadt Berlin habe z. B. einen neuen Posten in ihren Etat eingestellt, um die Bedürftigkeit der Unterstüzten genauer nachprüfen zu können. Das dadurch ermöglichte Ausmerzen bisher gezahlter überflüssiger Unterstüzungen bringe sicher hohe Ersparungen, durch die die Mehrkosten bei weitem wettgemacht würden. Ferner müsse vor dem radikalen Abbau der Personalkosten gewarnt werden. Je besser geschulte und eingearbeitete Kräfte, je besser und im Endergebnis billiger sei ihre Arbeit. Die rechtzeitige gesundheitliche Erfassung eines anfälligen Kindes wäre ungleich billiger als die später notwendig werdende Heilbehandlung wegen Tuberkulose. Die Volksgesundheit sei einer der wichtigsten Aktivposten der deutschen Bilanz.

Der Direktor des Augusta-Viktoria-Hauses in Berlin, Professor Dr. Langstein, kam hierauf auf den augenblicklichen

# Gesundheitszustand der Jugend

zu sprechen. Die Sparpolitik, so führte Dr. Langstein aus, sei zu kurzen Datums, als daß sie sich bereits in den Sterblichkeitsziffern der Säuglinge und Kleinkinder und in der Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes zeigen könnte. Es sei aber bereits heute eine ungünstige Beeinflussung des seelischen und körperlichen Zustandes der älteren Kinder zu beobachten. Mit dem mehr oder weniger starken Ausfall an vorbeugender Fürsorge dürfe der Gesundheitszustand der Kinder sich verschlechtern, ihre Widerstandsfähigkeit herabgesetzt werden und ihre Sterblichkeit sich erhöhen. Wenn auch heute noch ein befriedigender Ernährungszustand festzustellen sei, würde das im nächsten Jahre nicht mehr der Fall sein. Im Reime befindliche Schäden, die heute durch die vorbeugende Gesund-

heitsfürsorge ohne weiteres gutgemacht werden könnten, würden sich so zu schweren Gesundheitserfütterungen der Kinder auswirken, daß, wenn deren Reparation überhaupt noch möglich sein würde, sie nur mit den schwersten Opfern an Geld und Zeit würden erkauft werden können. Unter den unzureichendsten Sparmassnahmen wären besonders zu nennen: Einschränkung der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, der Schulfürsorge, des Schließens von Krippen, Gärten und Kinderorten, das Aufhören der Entsendung in Erholungsheime und die Entziehung der Milch für Kinder und Erwerbslose!

Der folgende Redner, Dr. jur. Adolf Walters, Direktor im Landesfürsorgeverband der Provinz Westfalen, schilderte, wie in den letzten zehn Jahren von den Kommunen in großzügiger Arbeit die vorbeugende Jugendberufshilfe und Heilfürsorge aufgebaut worden sei. Heute stünde man vor einer restlosen Zertrümmerung der Jugendgesundheitsfürsorge. Die vorbeugende Jugendgesundheitsfürsorge sei nicht gesetzlich festgelegt. Sie würde darum mit als erste abgebaut in einer Zeit, in der die Kommunen rücksichtslos ihre Mittel zur Unterstüzung der Erwerbslosen flüssig machen müßten und die Versicherungsträger die Mittel zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben nicht mehr haben. Bei der Schulaufnahme zu Ostern 1931 müßten bereits 20 Proz. der Kinder wegen Unterernährung und allgemeiner Schwäche zurückgelegt werden. Hunderte von Kindern wären durch die Schulärzte zur bringenden Entsendung in Heime vorgemerkt. Die Heimärzte berichteten über trostlose Gesundheitszustände der jetzt entlassenen Kinder. Sparsamkeit in der Erholungsfürsorge würde durch verfeinerte Spezialisierung der Heilfürsorge erreicht werden. Nur die wirklich guten Heime würden aufrecht erhalten werden können; die ärztliche Ausmahl der Kinder würde noch intensiver und exakter als bisher zu gestalten sein. Nicht einseitige Abstriche einzelner Ausgaben seien zu fordern, sondern tiefgründige Prüfung aller Etatspositionen. Zweifellos konnten in mehreren Fürsorgestellen Ersparnisse erzielt werden, und die frei werdenden Mittel müsse man vor allem für die Jugendgesundheitsfürsorge verwenden.

Ministerialdirektor Dr. Schneider betonte in seinem Schlußwort, daß alles aufgegeben werden müsse, um den Behörden klar zu machen, welche Gefahren dem Volke drohten, wenn an falscher Stelle „gespart“ werden würde. Alles in allem: „Keine Vernachlässigung der Volksgesundheit“.

# Keine Schließung der Städtischen Oper.

Aufsichtsrat berät Sparmöglichkeiten.

Der Arbeitsausschuß des Aufsichtsrats der Städtischen Oper A. G. beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung unter Vorsitz von Bürgermeister Lange mit der Wirtschaftslage der Städtischen Oper. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß eine Schließung der Städtischen Oper nicht in Betracht kommt. Mit der Frage, welche weiteren Sparmassnahmen sachlicher und persönlicher Art durchzuführen sind und inwieweit der städtische Zuschuß für die Oper gesenkt werden kann, wird der Aufsichtsrat endgültig beschließen, sobald die staatlichen Richtlinien über die Aenderungen der Bezüge erlassen sind.

# Ueberfall auf Reichsbannermann.

Vor dem Arbeitsamt in der Großen Frankfurter Straße wurde gestern der 25 Jahre alte Kaufmann Franz H., der an seinem Kopf das Reichsbannerabzeichen trug, von mehreren Hakenkreuzern überfallen. H. setzte sich heftig zur Wehr und hielt sich die Gegner so lange vom Leibe, bis die Polizei erschien. Er gelang einen der Hauptangreifer festzunehmen.

Ein weiterer Ueberfall wurde gestern abend in der Kakhachstraße in der Nähe eines Sturmlokals auf einen Reichsbannemann verübt. Der Ueberfallene setzte sich zunächst zur Wehr, mußte aber schließlich vor der Uebermacht in ein Geschäft flüchten. Eine große Anzahl Nazis sammelten sich vor dem Laden und verlangten von der Inhaberin die Auslieferung des Reichsbannertamercraden. Diesem war es mittlerweile gelungen, sich durch einen Hinterausgang in Sicherheit zu bringen; so daß er vor dem Schlimmsten bewahrt blieb.

Eduard Warnst 75 Jahre alt! Am heutigen 19. September vollendet Genosse Warnst in voller geistiger und körperlicher Frische sein 75. Lebensjahr. Genosse Warnst gehört zu den bekanntesten Funktionären im 3. Kreis. Gewerkschaftlich organisiert seit 1895 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, seit 1913 Mitglied des ZVM. und seit 39 Jahren Parteimitglied. Heute noch wirkt der alte Kämpfer als Funktionär der 18. Abteilung und nimmt regen Anteil am politischen und gewerkschaftlichen Leben.

Ein Ausschuß blinder Händler veranstaltet am Dienstag, dem 22. d. M., im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11, eine öffentliche Versammlung.

keine Hakenkreuzler und keinen Stahlhelm an seinem Grabe sehen. John Förster senkten die Leiche in die Gruft. Von der Familie derer von Hohenzollern war niemand erschienen.

# Ein gewissenloser Scherz.

Bierkauf oder Raubakt... im Interesse ihres unehelichen Kindes.

In den letzten Tagen erhielten Hunderte von Männern, meist Ehehemänner, in den verschiedensten Bezirken Berlins eine auf offener Postkarte mit Schreibmaschinenschrift geschriebene Mitteilung, wonach sich „im Interesse ihres unehelichen Kindes“ in nächster Zeit ein Jugendpfleger bei ihnen einfinden würde.

Als Absender war das Jugendamt genannt, die Karte enthielt feinerlei Unterschrift, der Name des Jugendpflegers war ein fingierter; da die Postkarte als portofreie Dienstsache abgehandelt war, mußten die Empfänger auch noch infolge Unzulässigkeit der Sendung Strafpunkte bezahlen. Der Erfolg dieses üblen Scherzes ist von weittragender Bedeutung; es meldeten sich zumeist die Ehefrauen, die in nur allzu begreiflicher Erregung und Verzweiflung nun vom Jugendamt Rechenschaft und nähere Informationen forderten. Nicht genug an dem, haben sich vereinzelt wahre Familientragödien abgespielt. Frauen erklärten, sie wollten sich scheiden lassen, andere, sie würden Selbstmord begehen, und all diesen Verzweiflungsausbrüchen standen die völlig ahnungslosen Jugendämter machtlos gegenüber. Die Frauen bestürmten die diensthabenden Beamten mit Bitten um Aufklärung, auf der anderen Seite kamen die Männer und erhoben schwere Vorwürfe wegen dieser unzutreffenden Behauptung. Die Postkarten sind fast ausschließlich mit dem Poststempel Berlin R. versehen, sie flogen reichen Leuten in vornehmsten Bezirken und armen Teufeln in den dürftigsten Proletarierwohnungen wie ein Blitz aus heiterem Himmel ins Haus.

Wie uns das Landesjugendamt hierzu erklärend mitteilt, kann es sich schon aus dem ganz einfachen Grunde nur um Postkarten handeln, da derartige Mitteilungen niemals auf einer offenen Postkarte, sondern stets in geschlossenen Brief und unter gänzlich anderem Text versandt werden. Der Absender dieser Karten wird sich vermutlich der Tragweite seiner mehr als gewissenlosen Handlung gewiß nicht bewußt gewesen sein.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr. Doppelgottesdienst. Sonntag, 2. September, 10 Uhr. Herr A. Garabi: Wie verbessert ich meine wirtschaftliche Lage? Gähne willkommen.

# Kinder zeichnen im Zoo.

Im Antilopenhaus des Zoo ist gestern eine Ausstellung von Schülerarbeiten eröffnet worden. Die Ausstellung, die allen Besuchern des Zoo kostenfrei zugänglich ist, zeigt eine große Auswahl interessanter Zeichnungen, Maleereien und Plastiken Berliner Schulen, die im Zoo entstanden sind. Ueber 1200 Arbeiten sind von einer großen Anzahl Berliner Schulen eingereicht worden, von denen circa 600 gezeigt werden.

Der lebendige Geist, der seit einer Reihe von Jahren in den Zeichenunterricht einbezogen ist, und durch Ausstellung von Schülerarbeiten weitesten Kreisen bekannt wurde, hat hier Arbeiten von zum Teil sehr starker Wirkung hervorgebracht. Eine Fülle von aufrichtig gelungenen, selbständigen Arbeiten deutet die lebendigen Beziehungen auf, die zwischen Schule und Zoo bestehen. Mit Recht wies Oberschulrat Genosse Rydahl als Protokoll der Ausstellung in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, in wie weitwollender Weise der Zoo die moderne Erziehung befruchtet kann, wenn nicht durch ein flüchtiges Durchsehen des Zoo, sondern durch eingehendes Betrachten und Gestalten eines Tieres lebendige Werte für den Unterricht geschaffen werden.

Man hat die Arbeiten in drei Altersgruppen geteilt:

vom 6. bis 10., vom 11. bis 14. Lebensjahr und für die oberen Klassen. Während bei den Kleinen noch die Phantasie überwiegt, macht sich in der mittleren Gruppe schon die schärfere Beobachtung geltend, um sich bei den Arbeiten der dritten Gruppe so zu steigern, daß man oft meint, reife künstlerische Arbeiten vor sich zu haben. Besonders der mit dem ersten Preise ausgezeichnete Mandrill, eine Arbeit aus der Hohenzollern-Oberrealschule, besticht durch die Eigenart der Gestaltung. In der mittleren Gruppe erhielt den ersten Preis eine Arbeit der Gustav-Strösemann-Schule, in der Unterstufe die Realschule Adlershof.

Eine besonders glückliche Idee der Ausstellungsleitung war es, diesen Arbeiten auch Studien von Schülern der Staatlichen Kunstschule, den künftigen Zeichenlehrern anzugliedern, durchweg Arbeiten von hohem künstlerischen Niveau. Bei diesem Nachwuchs ist es kein Wunder, wenn die Kinder so zu künstlerischem Sehen erzogen werden. Mit dem ersten Preise wurde hier die Arbeit von Herbert Friedhöf ausgezeichnet.

Die Ausstellung, die eine Befähigung für den pädagogischen Wert des Zeichenunterrichts liefert, läßt die Gefahr dieser mühsam aufgebauten Kulturarbeit durch die Notmassnahmen besonders bedenklich erscheinen. Der Zeichenunterricht in den höheren Schulen soll bekanntlich um die Hälfte abgebaut werden.



# Wo bleibt die Genfug der Zuckerpreise?

## Deutschlands Zuckerkrise und das Versprechen von zwei Reichsministern.

Mit der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 hat die Reichsregierung dem zuckerüberbauenden landwirtschaftlichen Großgrundbesitz in der Kontingentierung der Zuckerverzeugung eine Waffe in die Hand gegeben. Mit ihr glaubten die Zuckeragrarier ihren Kampf gegen den bäuerlichen Rübenbau und seine weitere Ausdehnung erfolgreich führen zu können. Ein Scheinerfolg wurde erreicht: in den bäuerlichen Rübenbaugebieten Baden, Württemberg, Bayern und Hessen erfuhr der Rübenbau eine weit stärkere Einschränkung als in den anderen Landesstellen. Die Einschränkung des bäuerlichen Rübenanbaues, der ohne Verlust betrieben wird, zugunsten des großbetrieblichen Rübenanbaues, der günstigerfalls an der Grenze der Rentabilität steht und jedenfalls bisher nur durch das „Lohndumping“ der polnischen Wanderarbeiter seinen Bestand sichern konnte, war unwirtschaftlich, aber der Reichsernährungsminister Schiele hat bekanntlich andere Sorgen als die, die Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft zu heben; hier wie fast überall sonst, geht es ja mehr um die Rente einiger tausend Großbetriebe als um die Interessen der gesamten Landwirtschaft.

### Die Krise der Zuckerbewirtschaftung.

Ein großes Loch hatte die neue Regelung der Zuckerbewirtschaftung. Die Leitung wurde der „Landwirtschaftlichen Selbstverwaltung“ überlassen, die hier wie meistens von denjenigen Kreisen der Landwirtschaft gehandhabt wird, die in den vergangenen Jahren den Beweis ihrer Unfähigkeit in der eigenen verlustreichen Betriebsführung erbracht haben.

Mit Hilfe der Kontingentierung wurde eine Einschränkung der Erzeugung um 25 Prozent erreicht. Gleichzeitig wurde im Rahmen der internationalen Zuckervereinbarungen die deutsche Ausfuhr begrenzt. Aus der noch in der halbfreien Wirtschaft, die vor der Kontingentierung Geltung hatte, durchgeführten Zuckerkampagne 1930/31 wurden rund 50 Millionen Zentner Zucker erzeugt, von denen infolge der überhöhten Zuckerpreise nur etwa 60 Prozent im Inlande verbraucht wurden. Dank der internationalen Vereinbarungen konnten nur 20 Prozent exportiert werden. Da schon aus dem Jahre 1929/30 erhebliche Vorräte übernommen werden mußten, dürfte die Zuckerindustrie Ende dieses Monats über rund 15 Millionen Zentner Vorräte verfügen.

Aus der neuen Zuckerkampagne ist nur eine Erzeugung von etwa 40 Millionen Zentner zu erwarten. Infolge der Zuckerverteuerung und der im Juni durchgeführten Verdoppelung der Zuckersteuer kann für das Jahr 1931/32 nur mit einem Inlandsverbrauch von etwa 26 Millionen Zentner gerechnet werden. Ausgeführt werden dürfen nur 7 Millionen Zentner. Am Ende des Jahres werden also etwa

**22 Millionen Zentner, fast ein ganzer Jahresverbrauch, auf Lager gehalten werden.**

Damit taucht ein fast unlösbares Problem für die Zuckerbewirtschaftung auf. Wie sollen die Zuckerräger finanziert werden? Fast 400 Millionen Mark Kapital liegen unproduktiv in den Zuckerrägen gebunden. Bisher hat das Ausland an der Finanzierung der Industrie weitgehend mitgewirkt. Seine Reue hierzu ist gering geworden, erstens weil man überhaupt in Deutschland nicht gern Kapital anlegt, zweitens weil natürlich die Unwirtschaftlichkeit der Zuckerbewirtschaftung für keinen Kreditgeber eine Empfehlung ist und weil man drittens die mit Hilfe der Reichskreditgesellschaft überwundene Krise des Halleischen Bankvereins auf seine Verflochtenheit mit der Zuckerbewirtschaftung der Provinz Sachsen zurückführt, die bankmäßige Interessensnahme an der deutschen Zuckerbewirtschaftung also durch die Praxis kaum empfohlen ist.

Das Reichsernährungsministerium will nun auch die Finanzierung der Zuckerindustrie und ihrer Läger direkt oder indirekt durch die Reichsbank durchführen lassen, wobei man auch eine Kreditaufhöhung nicht fürchtet. Wie glauben kaum, daß man in der Reichsbank diesen Wünschen nachkommen kann, die darauf hinauslaufen, daß durch unerlösbare Läger „gedeckte“ Kredite gewährt werden.

### Der Ausweg — Die Preisentzug.

Aus der Krise der Zuckerbewirtschaftung gibt es nur einen Ausweg, den der Reichsernährungsminister und auch der Reichsfinanzminister ausdrücklich als den Weg der Reichsregierung bezeichnet haben: Den deutschen Verbrauchern wurde zum Ausgleich der erhöhten Zuckersteuer eine Preisentzug für Zucker versprochen. Von der Erfüllung des Versprechens ist bis heute nichts zu hören.

Diese Preisentzug sollte mit Beginn des neuen Kampagnejahres in Kraft treten. Sie ist überfällig, und die Reichsregierung hätte schleunigst den Zuckerpreis entsprechend der Steuererhöhung zu senken. Diese Preisentzug wäre auch der Anfang des Weges aus der deutschen Zuckerkrise. Die deutschen Zuckerpreise liegen fast 70 Prozent über dem Vorkriegsniveau.

Bei einer Preisentzug dieses Ausmaßes ist anzunehmen, daß der Zuckerverbrauch 1931/32 mindestens die Höhe von 1930/31 erreichen, also so hoch sein wird, daß die Zuckerbestände im Jahre 1931/32 höchstens auf 18 Millionen Zentner wachsen werden.

Ihre Ergänzung wird diese Maßnahme noch in doppelter Hinsicht finden müssen. Infolge der Preisentzug wird die zwangsweise Einschränkung von Rübenanbau und Zuckerverzeugung überflüssig. Bei dem gesunkenen Zuckerpreis wird in einer Zahl landwirtschaftlicher Großbetriebe der Rübenanbau unrentabel werden. In den bäuerlichen Wirtschaften wird dagegen eine Wirtschaftlichkeit des Rübenanbaues im Rahmen der dort gegebenen ganz andersartig betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen nach wie vor gegeben sein. Der mit der Kontingentierung geführte

### Kampf der Großen gegen die Kleinen verliert also durch die Preisentzug seinen Sinn.

Die einschlägigen Bestimmungen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 können gleichzeitig mit der Einführung des Preisversprechens der Reichsregierung aufgehoben werden.

Mit der zwangsläufigen Einschränkung des Rübenanbaues der Großbetriebe wird auch die Frage der polnischen Wanderarbeiter gelöst. Das Wanderarbeiterkontingent kann nach der Senkung der Zuckerpreise endgültig entfallen und damit ein „Schönheitsfehler“ der deutschen Wirtschaftspolitik beseitigt werden, der

gegen den Widerstand Bismarcks von den Großagrarier erkämpft wurde und zu den bösesten Schiebungen und Mißbräuchen geführt hat.

Gleichzeitig würde das Problem der Zuckerfinanzierung wesentlich leichter zu lösen sein. Statt 400 Millionen Mark Lagerwert würden am Jahresende nur etwa 250 Millionen Mark Lagerwert verbleiben, deren Finanzierung bei gescheiter normaler Entwicklung der Zuckerbewirtschaftung wesentlich leichter fallen dürfte.

Die Reichsregierung möge also handeln. Indem sie mit ihrem Wort geheiligte Versprechungen einlöst, kann sie den Verbrauchern in dieser Krisenzeit und der Zuckerbewirtschaft selbst die fruchtbarsten und wertvollsten Dienste leisten.

## So ist es richtig!

### Holzschraubensyndikat zieht die Preisschraube an.

Das Kölner Syndikat für die Holzschraubensfabriken hat mit untrüglichen Kennzeichen die Zeichen der Zeit erkannt. In einer Situation, in der alles darauf ankommt, durch

wesentlichen Abbau der gebundenen Kartellpreise den festgefrorenen inländischen Markt wieder aufzutauen, hält es die Gelegenheit für gekommen, die Verbraucher mit einer gewaltigen Preiserhöhung von 10 Prozent zu belasten. Bereits anfangs dieses Jahres hatte das gleiche Syndikat schon eine Erhöhung seiner Listenpreise um 2 Prozent vorgenommen.

Natürlich ist die Syndikatsverwaltung um eine Begründung dieses skandalösen Vorgehens nicht verlegen. Sie erklärt, daß die bisherigen Erlöse nicht genügt haben, um den Mitgliedswerken eine Rente zu sichern. Ganz abgesehen davon, daß das Syndikat mit dem strengen Anziehen der Preisschraube alles andere erreichen wird als eine Hebung der Rentabilität bei den Mitgliedswerken, erhebt sich die Frage, ob das Kartell sich nicht die am schlechtesten und teuersten arbeitenden Werke zum Maßstab für die Preiserhöhung genommen hat. Das skandalöse Vorgehen des Syndikats erhärtet von neuem die Tatsache, daß die Kartellherren in Deutschland mehr denn je weit davon entfernt sind, die zur Behebung der katastrophalen Wirtschaftslage notwendigen Maßnahmen zu erkennen.

# Deutschlands Schicksalsdokument.

## Der Wortlaut des Stillhalteabkommens veröffentlicht.

Nachdem das Abkommen über die Stillhaltung der kurzfristigen Auslandskredite am 17. September mit Rückwirkung vom 1. September in Kraft getreten ist, ist nunmehr auch sein Wortlaut bekanntgegeben worden. Von den endgültig vereinbarten Bestimmungen sind die wichtigsten folgende:

### Die Stillhaltevereinbarungen gelten für die Zeit vom 1. September 1931 bis 28. Februar 1932

und erstrecken sich auf sämtliche kurzfristigen Kredite, die von ausländischen Banken an deutsche Banken oder Industrie- und Handelsunternehmen gegeben werden. Die Kredite, die von ausländischen Privatfirmen gewährt wurden, dürften wohl nach der Devisenverordnung ähnlich behandelt werden. Für die kurzfristigen Kredite an deutsche Länder und Kommunen hingegen soll noch ein besonderes Abkommen getroffen werden. Ferner ist von großer Bedeutung, daß der ausländische Besitz an deutschen Wertpapieren nicht unter die Vereinbarung fällt. Werden diese Wertpapiere in großem Umfang veräußert, so kann hier unter Umständen eine schwerwiegende Beanspruchung an Devisen entstehen. Allerdings hat die Reichsbank auf Grund der Devisenverordnung das Recht, den Abfluß von Devisen für diese Zwecke zu verhindern.

### Auch sonst ist die Stillhaltung keine hundertprozentige.

Das Abkommen sieht folgende Fälle vor, in denen Kredite zurückgezogen oder sonstige Devisenbeanspruchungen vorgenommen werden können:

1. sind Erntekredite und ähnliche Kredite, die aus dem Erlös verkaufter Waren abzudecken sind sowie Lombardkredite nach Fälligkeit zurückzuführen.
2. sind Devisentermingeschäfte bei Fälligkeit abzumakeln und Markguthaben, die zu diesem Zweck erworben wurden, freizugeben.
3. sind von allen übrigen Markguthaben 25 Prozent sofort freizugeben und jeden Monat weitere je 15 Prozent, soweit die Reichsbank nicht der Bank für internationale Zahlungen unter Angabe von Gründen darlegt, daß diese Zahlungen „ihre Lage gefährden“ würden.
4. sind alle Provisionen für die Kredite im voraus und die Zinsen monatlich in Devisen zu zahlen.
5. sind die deutschen Banken verpflichtet, bei den ausländischen Gläubigerbanken Guthaben für den Geschäftsverkehr „in angemessener Höhe“ zu unterhalten.

### Starke Kreditbedingungen.

Weiter ist von Bedeutung, daß auch die eigentlichen Kreditbedingungen, die die ausländischen Gläubiger in den Abkommen durchgesetzt haben, recht hart sind. So dürften vor allem die Zinsbedingungen ziemlich drückend werden, wenigstens im Abkommen bloß gesagt wird, daß es „wünschenswert“ ist, daß diese Bedingungen nicht schwerer sind „als den gegebenen Verhältnissen nach angemessen ist“. Darüber sind zunächst direkte Vereinbarungen zwischen den Gläubigern und den Schuldnern herbeizuführen, bei Unstimmigkeiten sollen die Notenbanken entscheiden. Ferner haben die Auslandsgläubiger

### wichtige zusätzliche Sicherungen

für die Kredite durchgesetzt, vor allem für Akzeptkredite eine Nebensicherung durch Pfandhergabe und Haftung des letzten Schuldners, sowie für sämtliche Kredite das Recht, einen bestimmten Bruchteil des Schuldbetrages (5 bis 20 Prozent) an die Deutsche Golddiskontbank zu übertragen und auf diese Weise die zweifelhaften Schulden besonders gut zu sichern. Denn für die Verbindlichkeiten der Deutschen Golddiskontbank haften bekanntlich mit 500 Millionen Mark die größten deutschen Unternehmungen.

### Bei der Beurteilung des Stillhalteabkommens

ist zunächst von der außerordentlich wichtigen Feststellung auszugehen, daß es für schätzungsweise 5 1/2 bis 6 Milliarden kurzfristige Auslandskredite eine Zurückziehung bis Ende Februar absolut verhindert. Der Betrag aber, der durch das Stillhalteabkommen freigegeben wird — abgesehen vom Besitz des Auslands an deutschen Wertpapieren — ist auf weit über eine Milliarde Mark zu schätzen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die freigegebenen Beträge auch wirklich in ihrer vollen Höhe von Deutschland abgezogen werden. Immerhin wird doch damit gerechnet werden müssen, daß auf Grund des Stillhalteabkommens in den

nächsten Wochen und Monaten recht erhebliche Devisenanprüche an die Reichsbank herantreten werden.

Dazu kommen noch die Devisenanprüche, die zur Verzinsung und normalen Tilgung sämtlicher Auslandsanleihen sowie der Reparationsanleihen erhoben werden müssen.

All diesen Devisenanprüchen stehen gewiß die Ueberflüsse der Handelsbilanz gegenüber, die im letzten Monat stark gewachsen sind.

Reichsbank und Regierung werden eben sehr energisch darauf sehen müssen, daß die Kapitalfluchtbestimmungen so scharf als möglich gehandhabt werden, damit auch von dieser Seite der Devisenzulauf verstärkt wird. Denn die Reichsbank benötigt aufs dringlichste eine Auffüllung ihres Gold- und Devisenpolsters, um die Währungs- und Kreditlage der deutschen Wirtschaft wieder zu festigen.

Die von uns wiedergegebenen Bestimmungen des Stillhalteabkommens sind aber nicht bloß deshalb bedeutungsvoll, weil sie aufzeigen, mit welcher schweren Belastungen der Devisenlage die deutsche Wirtschaft in der nächsten Zeit zu rechnen haben wird. Sie haben darüber hinaus auch eine

### weitgehende politische Bedeutung.

Die Tatsache nämlich, daß die ausländischen Gläubiger der deutschen Wirtschaft sich als Gegenleistung für die kurzfristige Stillhaltung ihrer Kredite eine Verschärfung der Kreditbedingungen ausbedungen haben, ist ein weithin sichtbares Zeichen für den Vertrauensschwund des Auslands gegenüber der deutschen Wirtschaft. Es erweist sich eben, daß die rasche Ueberwindung der akuten Kreditkrise vom Juli dieses Jahres und die Bereitwilligkeit des Auslands zur kurzfristigen Stundung der Kredite noch keineswegs genügt haben, um das vor diesen Ereignissen schon ins Wanken geratene Vertrauen des Auslands zur Kreditwürdigkeit Deutschlands wiederherzustellen.

Aber gerade die zaghafte Bestimmungen des Stillhalteabkommens beweisen andererseits, daß die Wiederherstellung dieses Vertrauens die unumgängliche Voraussetzung für das Finden einer dauerhafteren Lösung für das Problem der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands ist, das von den Unterzeichnern des Stillhalteabkommens und darüber hinaus wohl von der ganzen Welt als eine elementare Lebensnotwendigkeit der deutschen Wirtschaft angesehen wird. Und andererseits kann heute nicht mehr bezweifelt werden, daß es

### nur zwei Wege gibt, die gleichzeitig beschritten werden müssen,

wenn das Vertrauen der Welt in Deutschland wiederhergestellt werden soll. Der eine Weg ist der der inneren und der andere der der äußeren Vereinigung. Nach innen gilt es vor allem, die Wirtschaft durch eine eiserne Staatskontrolle von all den schweren Mißständen zu reinigen, die sie schon lange untergraben, in der letzten Zeit aber aller Welt deutlich offenbar wurden. Nach außen gilt es, sich endlich einmal nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zu einer Außenpolitik zu bekennen, die von der deutschen Seite her alle Voraussetzungen für eine internationale Verständigung schafft. Wenn diese beiden Wege nicht energisch beschritten werden, wird die Klippe des kommenden Februars nicht zu umschiffen sein.

Erhöhte Gewinnausschüttung privater Elektrizitätswerke. Die Brandenburgische Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Aktiengesellschaft, ein privates Versorgungsunternehmen, das eine Anzahl kleinerer Betriebe in der Provinz unterhält, wird, wie der Aufsichtsrat jetzt beschlossen hat, nach „reichlichen Abschreibungen“ eine Dividende von 6 1/2 gegen 8 1/2 Prozent im Vorjahr ausschütten. Da die Gesellschaft nach der Verschmelzung mit der A.-G. Körtings Elektrizitätswerke ihr Kapital von 4,2 auf 6,5 Millionen erhöht hat, ist für die 6 1/2prozentige Dividende eine Summe von 422.000 Mark notwendig, während bei dem geringeren Aktienkapital im Vorjahr trotz der höheren Dividende nur 357.000 Mark erforderlich waren. Die Aktionäre dieser Gesellschaft bekommen also von den harten Zeiten nichts zu spüren.



# Arbeitsmarktkatastrophe.

## Die Auswirkung der Zusammenbrüche.

Nunmehr liegen die Zahlen über die Arbeitslosigkeit vor, die die Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an jedem Monatsende durch eigene Erhebungen feststellen. Danach waren Ende August in den Gewerkschaften nicht weniger als 34,1 Proz. der Mitglieder arbeitslos und 20,9 Proz. Kurzarbeiter. Gegenüber dem Vormonat bedeutet das eine außerordentliche Verschärfung. Die Arbeitslosigkeit stieg von 31,6 auf 34,1 Proz., die Kurzarbeit von 18,9 auf 20,9 Proz.

In dieser Verschärfung der Arbeitslosigkeit mitten im Sommer drücken sich die Folgen aus, die die großen Zusammenbrüche in der Privatwirtschaft nach sich ziehen mußten. Von der Verschärfung der Arbeitslosigkeit sind mit Ausnahme der Hutarbeiter, bei denen eine leichte Besserung eingetreten ist, sämtliche Berufe betroffen.

Immerhin sank zwar die Arbeitslosigkeit bei den Hutarbeitern von 41,4 auf 39,8 Proz. und die Kurzarbeit von 16,1 auf 12,9 Proz., aber diese Zahlen verraten eine katastrophale Wirtschaftslage, zumal die Arbeitslosigkeit in der Hutindustrie eine chronische ist. Besonders schwer von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden die Bauarbeiter und Tabakarbeiter. Bei diesen stieg die Arbeitslosigkeit im August von 24,6 auf 32,4 Proz., die Kurzarbeit von 18 auf 32,3 Proz.

Im Deutschen Bauergewerksbund, wo die Arbeitslosigkeit bereits Ende Juli die katastrophale Höhe von 56 Proz. erreicht hatte, stieg sie im August weiter auf 62,8 Proz. Bei den Zimmerern wuchs die Arbeitslosigkeit von 62,6 auf 68,7 Proz. und bei den Malern sogar von 60,3 auf 68,9 Proz. Bei den Steinarbeitern erhöhte sich die Arbeitslosigkeit von 55,1 auf 60,6 Proz. und in der Gruppe Grobkeramik von 44,5 auf 50,6 Proz.

Das sind furchtbare Zahlen. Hier wirken zusammen die Kreditkrise und die Drosselung des Baumarktes durch die Reichsregierung. Die Sparmaßnahmen der Reichsregierung haben hier dazu geführt, daß es bald keine beschäftigten Arbeiter geben wird, die Beiträge für die Arbeitslosen zahlen.

Aber auch in der sogenannten Konjunkturgruppe sind einzelne und wichtige Industrien besonders hart betroffen. Bei den Buchdruckern stieg die Arbeitslosigkeit von 26,5 auf 29,8 Proz., die Kurzarbeit von 6,8 auf 14,2 Proz. Bei den Lithographen stieg die Arbeitslosigkeit von 29,9 auf 33,3 Proz., während die Kurzarbeit von 18,1 auf 19,7 Proz. stieg. Im gleichen Ausmaß wuchs die Arbeitslosigkeit weiter von 50,5 auf 54,2 Proz., während die Kurzarbeit Buchbindern an.

Bei den Sattlern, Tapezierern und Portierskellnern stieg die Arbeitslosigkeit auch bei den graphischen Hilfsarbeitern und den Leichten von 23,7 auf 21 Proz. zurecht. Sehr stark erhöhte sich auch die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie von 21,5 auf 24,2 Proz., während gleichzeitig die Kurzarbeit von 38,1 auf 42,7 Proz. wuchs. Bei den Metallarbeitern stieg die Arbeitslosigkeit gleichfalls sehr stark an, und zwar von 32,4 auf 34 Proz., während die Kurzarbeit von 28,5 auf 29,5 Proz. anstieg.

Eine derartige Arbeitslosigkeit mitten im Sommer ist mehr als eine Katastrophe. Sie zeigt, daß mit den bisher empfohlenen oder angewandten Mitteln der Wirtschaftskrise nicht beizukommen ist. Nur wenn der Staat endlich mit der Politik bricht, die den Kapitalisten freie Hand läßt zur Kapitalverschwendung und zur Einseitigkeit von Hebergewinnen und sich darauf beschränkt, die Opfer dieser „Wirtschaftsführung“ zu unterstützen und für die Pleiten einzustehen, nur wenn der Staat endlich entschlossen die Kontrolle über die Wirtschaft übernimmt, wird eine ernstliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit möglich sein.

# Reform der Tariflohnstatistik.

## Endlich etwas mehr Klarheit über die Löhne.

Das Statistische Reichsamt ist seit einigen Monaten erfreulicherweise bestrebt, seine Berichterstattung über einige wirtschaftspolitisch besonders wichtige Gebiete zu verbessern. Das erste Ergebnis dieser Verbesserungen liegt nunmehr in Gestalt der reformierten Tariflohnstatistik vor. Vergleicht man die Ergebnisse dieser neuen Statistik mit denen der alten, so muß man feststellen, daß eine Reform hier gerade besonders notwendig war, denn die früher ermittelten Lohnsätze erwiesen sich auf der ganzen Linie als zu hoch. Infolgedessen konnte die Reform gerade zu einer Zeit, die lohnpolitisch so bewegt ist, unmöglich länger entbehrt werden.

Die Verbesserung der Tariflohnstatistik ist fast völlig durch Erweiterung der rechnerischen Grundlagen erzielt worden. Zunächst einmal hat man in allen Gewerben, die schon früher erfaßt wurden, die Zahl der in die Statistik einbezogenen Orte und damit zugleich die Zahl der einbezogenen Personen erhöht; außerdem hat man eine neue Arbeiterkategorie („Angelernte“) bei den männlichen Arbeitern hinzugenommen und überall auch die weiblichen Arbeiter erfaßt. Darüber hinaus sind 5 Industriezweige neu hinzugekommen. Diese dreifache Erweiterung hat die Statistik so ausgebaut, daß sie nunmehr

ein Drittel aller Arbeiter und Arbeiterinnen erfaßt.

Das Statistische Reichsamt ist auch daran gegangen, zwischen Zeit- und Akkordlohn zu unterscheiden. Damit ist eine der wesentlichsten Fehlerquellen der alten Berechnungsmethode verschwunden.

Bei der Darstellung der Reform, die in dem demnächst erscheinenden Vierteljahresschrift zu finden sein wird, werden gesonderte Angaben für die Lohnhöhe nach Zeit- und Akkordlohn gemacht sein. Das Statistische Reichsamt sollte erwägen, ob es nicht zweckmäßig wäre, hierüber auch bei den monatlichen Angaben gesondert zu berichten.

In Zukunft werden nur noch die Stundenlöhne, nicht mehr die Wochenverdienste angegeben.

Diese Beschränkung ist nur zu begrüßen, da sie von jeher nur zu Mißverständnissen und bewußten Fehlbildungen Anlaß gegeben hat.

Alles, was bisher gesagt wurde, bezieht sich sowohl auf die Durchschnittslöhne der einzelnen Industrien, als auch auf ihren Gesamtdurchschnitt. Es sind beträchtliche Unterschiede festzustellen, was darauf beruht, daß die einzelnen Industrien bisher sehr verschieden berücksichtigt waren. So war das Baugewerbe bisher nur ganz unzureichend einbezogen, Steinkohlenbergbau und chemische Industrie dagegen in durchaus genügendem Maße. Es kann daher auch nicht überraschen, daß die Minderung der Löhne im Baugewerbe ganz besonders groß erscheint. Während nach der alten Statistik der Durchschnittslohn des Maurers zu Jahresanfang 141,0 Pfennig betrug, stellt er sich nach der neuen Statistik auf nur 125,2 Pfennig. Der Durchschnittslohn der Facharbeiter, der im wesentlichen dem Lohn der Gelehrten in der früheren Statistik entspricht, würde nach der alten Statistik etwa 108 Pf. betragen haben. Nach der neuen Statistik beläuft er sich dagegen nur auf 102,1 Pf. Bei den Ungelernten ist die Differenz allerdings nur ganz gering. In dieser Minderung des Gesamtdurchschnitts sind alle Industriezweige beteiligt, außerdem hat auf sie die Hinzunahme neuer Industrien mit besonders niedrigen Lohnsätzen Einfluß. Infolge der Lohnabbaukampagne dieses Jahres ist sogar

der Facharbeiterlohn unter eine Mark gesunken; er beträgt nur noch 97 Pf.

Ein lohnpolitisch besonders wichtiges Nebenergebnis der Reform ist darin zu erblicken, daß die großen Differenzen, die von Industrie zu Industrie bestehen sollten, sich fast völlig verflüchtigt haben. Nach der alten Statistik verdiente beispielsweise am 1. Juli 1930 — um bei einem Termin zu bleiben, der für alle erfaßten Industrien noch Tariflöhne vorsch — der Maurer 17,1 Pf. mehr als der Hauer und 17,4 Pf. mehr als der Tischler; die Differenz zwischen Maurer und Buchdrucker betrug sogar 24,1 Pf. zugunsten des Maurers. In der neuen Statistik ist die Differenz auf 4,1 zusammengeschrumpft. Der Höchstverdienende ist nicht mehr der Maurer, sondern mit einem Pfennig Vorsprung vor diesen und dem Hauer der Tischler. Den überhaupt höchsten Durchschnitt von allen Facharbeitern bezieht jetzt der Brauereiarbeiter mit 122,0 Pf. Kechnlich steht es um die Löhne der Hilfsarbeiter. Der Reichsarbeitsminister hat also keine Handhabe mehr, die Verbindlichkeitsklärung der erbitterten umkämpften Löhne mit der Begründung abzulehnen, die Löhne seien überhöht.

man doch, daß der Reichsfinanzminister sehr wenig Verständnis für die Not des Baugewerbes zeigt. Eine nachdrückliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nur möglich, wenn dem Baugewerbe ausreichende Beschäftigung geboten wird.

Wir stehen vor einem harten Winter. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe beträgt über 60 Prozent! Es häufen sich die Einstellungen von Bauten und die Zurücknahme von Bauaufträgen. Wenn nicht bald etwas Grundsätzliches geschieht, dann wird es wohl im Baugewerbe eine hundertprozentige Arbeitslosigkeit geben.

## CGZ. für Einheitsfront.

Aber innerhalb der freien Gewerkschaften.

Paris, 18. September. (Eigenbericht.)

Der Kongreß des französischen Gewerkschaftsbundes hat am Freitag vormittag mit allen gegen 12 Stimmen bei 27 Stimmenthaltungen eine Entschließung angenommen, die angesichts der Wirtschaftskrise mehr als je die Notwendigkeit einer Einigung der Arbeiterklasse im Rahmen der CGZ. betont und alle nationalen und lokalen Verbände auffordert, noch mehr als bisher an der Schaffung einer

## Achtung, Eisenbahner!

Montag, 19 Uhr, in Draxels Festhallen, Berlin, Holzmarktstr. 72

Versammlung aller im Einheitsverband organisierten Parteigenossen

Tagungsordnung:

Partei und Gewerkschaft, Referent: Genosse Karl Dressel vom Bezirksvorstand

Es ist Pflicht jedes Genossen zu erscheinen und rege Propaganda hierfür zu entfalten. Partei- und Mitgliedsbuch legitimieren

Der Werbausschuß der SPD-Eisenbahner

Atmosphäre der Beruhigung und Wiedererhöhung zu arbeiten und keine Bedingungen für die Aufnahme der kommunistischen und autonomen Gewerkschaftler zu stellen.

Auf Antrag eines Vertreters des Eisenbahnerverbandes beschloß der Kongreß ferner fast einstimmig, der Entschließung eine Erklärung Jouhaux' anzuhängen, in der die Entschließung kommentiert wird und Jouhaux zusagt, daß sich der Bundesvorstand einem Einigungskongreß nicht widersetzen werde, wenn sich bei den kommunistischen und autonomen Gewerkschaftlern der Wille zum Eintritt in die CGZ. in genügendem Maße gezeigt habe und die Gewerkschaften einen außerordentlichen Kongreß zur Durchführung der Gewerkschaftseinheit verlangen. Damit dürfte die Existenz des Ausschusses, der für die Einberufung des Einigungskongresses zur Gründung eines neuen Gewerkschaftskongresses aufgezogen war, endgültig besiegelt sein.

Am Schluß der Freitagvormittags-Sitzung wurde mit der Debatte und den Abstimmungen über die von den Berichtstattern der verschiedenen Kommissionen vorgelegten Entschließungen über alle Probleme der Gewerkschaftsbewegung begonnen. Der Bericht über das Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“ wurde einstimmig gebilligt.

## ADB. an die Reichsregierung.

Zur bevorstehenden Notverordnung.

Die preussische Notverordnung mit ihren Sparmaßnahmen gegen Beamte hat dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund Veranlassung gegeben zu einer Eingabe an die Reichsregierung, da angekündigt worden ist, daß nicht nur eine Reihe der in der preussischen Verordnung getroffenen Maßnahmen vom Reich übernommen, sondern darüber hinaus auch eine Herabsetzung der Pensionen und Hinterbliebenenbezüge vom Reich verfügt werden soll. Die Eingabe des ADB. wendet sich in der Hauptsache gegen diese Pensionstürzung, die neben den bisherigen Kürzungen die Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen zusätzlich kürzen würde, sowie gegen die geplante Verschlechterung der Dienstaltersaufzählung.

Des Weiteren werden vom ADB. schwere Bedenken auch verfassungsmäßiger Art gegen die Verpflichtung zur Hebernahme eines Amtes mit geringerem Einkommen sowie dagegen geltend gemacht, daß die Beamteigenschaft an die Aushändigung einer formellen Anstellungsurkunde geknüpft werden soll. Im übrigen tritt der ADB. u. a. dafür ein, daß die in der preussischen Verordnung vorgesehene Ausgleichszulage bei Kürzungen von über 20 Proz. für alle Beamten, und zwar in verbesserter und sozial ausgestatteter Weise eingeführt wird, und daß alle diese neuen Sparmaßnahmen entsprechend ihrem Charakter auf eine bestimmte, nicht allzu lang bemessene Zeit befristet werden.

## „Revolutionärer Streikführer.“

„Arbeitsunfähiger Kranker.“

In Düsseldorf hat die kommunistische ADB., wie erinnerlich, vor kurzem einen ihrer bekannten Streiks durchgeführt. Die Streikabstimmung kam mit Hilfe von Wohlhabendermerksdosen und Arbeitslosen zustande. An dem Streik beteiligte sich aber nur ein Bruchteil der Gemeindeglieder. Daß dieser Streik nicht gut ausgehen konnte, sahen auch die kommunistischen Führer. Daher versuchten die Drahtzieher, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Einer der Vorläufer der ADB. war der Obmann des Betriebsrates des städtischen Fuhrparks. Als die Situation in Düsseldorf brenzlich wurde, setzte er sich hin und schrieb folgenden Brief an die Betriebsleitung:

Düsseldorf, den 26. August 1931.

Herr Bings, Oberschichtmeister.

Leide Sie mit, daß ich vom Arzt von morgen, den 27. August 1931 als arbeitsunfähig geschrieben bin und gleich zur Spezialuntersuchung erscheinen werde. Werde also meine Arbeitsunfähigkeit gleich morgen in der Krankenkasse melden.

Es ist leider keine Hebererhebung, wenn wir sagen, daß dieses Schreiben und diese feige und hinterhältige Drückebergerei nicht die Ausnahme, sondern typisch ist für die „revolutionären Unorganisierten“ der ADB. Das Verhalten der ADB. besteht darin, diesen Raubdiebstahl, die nur mutig sind gegen Arbeiter, die ihre Führerschaft ablehnen, die Möglichkeit zu geben, ihre feige Drückebergerei mit dem Schein des Radikalismus zu bemänteln.

## Worte und Taten.

Ist das sozialistischer Aufbau?

In kommunistischen Reden und Zeitungen wird täglich und immer wieder die Behauptung aufgestellt, in Sowjetrußland vollziehe sich in rasendem Tempo der sozialistische Aufbau. Das Leben in Sowjetrußland wird in den rosigen Farben geschildert, das sich besonders lichtvoll abhebt von dem grauen Hungerland in Deutschland. Wie verträgt sich das aber mit folgender Bekanntgabe der Firma Hermann Tieh, die auch in den kommunistischen Zeitungen zu lesen ist:

Paketverhand nach UdSSR.

Auf Grund unserer Abmachungen mit der „Deutra“ haben wir das ausschließliche und alleinige Recht für Deutschland, Bestellungen von Privatpersonen auf Lebensmittel sowie auf sämtliche Artikel des täglichen Bedarfs zur Versendung an Privatpersonen nach Sowjetrußland anzunehmen und in Paketen dahin abzusenden. Die Versendung der Pakete erfolgt durch uns direkt und wir übernehmen für die Ankunft der Pakete die Gewähr. Die Aushändigung der Pakete an die Empfänger erfolgt ohne weitere Nachzahlung. Verlangen Sie unsere Spezialangebote!

Daß man der noch immerhin kapitalistischen Firma Hermann Tieh ein Monopol gibt, ist an sich nicht verwunderlich. Die sowjetrußischen Nachhaber haben seit jeher grundsätzlich sich mit den Privatkapitalisten vertragen, mit ihnen Geschäfte gemacht, während sie ebenso grundsätzlich die Gewerkschaften, die sozialistischen Parteien und die Genossenschaften bekämpfen.

Aber wie müssen die Verhältnisse in einem ausgesprochenen Agrarland wie Sowjetrußland aussehen, wenn man sich genötigt sieht, den Versand von Lebensmittelpaketen vom Ausland her zu organisieren! So etwas gab es gewiß auch einmal in Deutschland. Das war während der ersten Nachkriegsjahre, in den Zeiten der Inflation. Aber Deutschland ist ein Industrieland und hat immer vom Ausland Lebensmittel bezogen. Sowjetrußland ist ein Agrarland und die Bolschewiki herrschen immerhin seit vierzehn Jahren. Aber vielleicht gerade deshalb...

Achtung, U-Bahn! Die SPD-Fraktion der U-Bahn- und Bahnmittelstelle am 29. September den Streik auszusagen, Treffpunkt 11 Uhr Mittelstraße der Straßenbahnlinie 78, Ringelstein. Angehörige und Genossen des Straßenbahn- und Autobusbetriebes willkommen.

## Stillelegung der Bauwirtschaft droht.

Wann wird die Reichsregierung handeln?

Vom Deutschen Bauergewerksbund wird uns geschrieben: Wiederholt haben die Bauarbeitergewerkschaften Eingaben an die zuständigen Behörden und Regierungen gerichtet und auch andere Schritte unternommen, um den verantwortlichen Stellen klar zu machen, daß schleunigst Maßnahmen ergriffen werden müssen, den Baumarkt zu beleben. Am 31. Juli haben die Bauarbeiterverbände an den Reichsfinanzminister eine Eingabe gerichtet, in der in eindringlicher Weise auf die Krise am Baumarkt hingewiesen und erlucht wurde, die Gemeinden und sonstigen Träger des Wohnungsbaues unverzüglich in die Lage zu setzen, dem Baugewerbe Aufträge zuzuführen. Der Vorstand des Deutschen Bauergewerksbundes wandte sich am 12. August wieder an den Reichsfinanzminister und verlangte, die in der erwähnten Eingabe vorgeschlagenen Maßnahmen beschleunigt durchzuführen. Die Wirtschaftsverbände der Unternehmer haben Ende August ähnliche Forderungen an die Reichsregierung gestellt. Den Bauarbeiterverbänden ist auf ihre beiden Schreiben vom Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald folgende Antwort zugegangen:

„Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mir als den federführenden Minister Ihre Eingaben vom 31. Juli und 12. August zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen sind zur Zeit den Gegenstand eingehender Prüfung durch die Reichsregierung. Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß alles daran gesetzt werden muß, um die Bauwirtschaft, deren Schlüsselstellung ich durchaus würdige, soweit nur irgendmöglich in Gang zu halten oder wieder in Gang zu setzen.“

Danach sind die Forderungen des Baugewerbes endlich Gegenstand eingehender Prüfung durch die Reichsregierung geworden. Es ist zu hoffen, daß sich die volkswirtschaftlich richtige Auffassung des Reichsarbeitsministers im gesamten Kabinett durchsetzt. Weiß











# Pierre de Margerie.

Zum Wechsel in der französischen Botschaft.

Nach fast neunjähriger Tätigkeit als Vertreter der französischen Republik verläßt Botschafter Pierre de Margerie heute abend die Reichshauptstadt. Am 6. Oktober wird er 70 Jahre alt, sein Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst erfolgt lediglich wegen der Erreichung der Altersgrenze, die man freilich diesem überaus rüstigen Manne keineswegs anmerkt.

De Margerie hat in diesem langen Zeitraum unter oft schwersten politischen Verhältnissen mit vornehmem Takt und kluger Zurückhaltung viel Gutes getan, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern enger und besser zu gestalten. Der Beginn seiner hiesigen Tätigkeit stand allerdings unter einem bösen Stern. Wenige Tage, nach dem er dem Reichspräsidenten Ebert sein Beglaubigungsschreiben überreicht hatte, erfolgte die Besetzung des Ruhrgebiets. In den folgenden anderthalb Jahren waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich alles eher denn friedlich und freundschaftlich. Für die diplomatischen Vertreter Frankreichs in Berlin war diese Zeit ebenso bitter und unfruchtbar wie für ihre deutschen Kollegen in Paris. Sobald jedoch nach dem innerpolitischen Umschwung in Frankreich im Frühjahr 1924 eine Entspannung eintrat, war de Margerie bestrebt, an der Besserung der deutsch-französischen Beziehungen aktiv mitzuwirken. Unauffällig und bescheiden, aber zäh und zielbewußt knüpfte er immer stärkere Bande zwischen geistigen und wirtschaftlichen Kreisen beider Länder und förderte er alles, was in dieser Richtung lag. Das Politische lag ihm anscheinend weniger, und es ist in manchen Kreisen bedauert worden, daß er sich nicht stärker als Vermittler zwischen den führenden Politikern beider Länder betätigt hat. Immerhin wurde besonders in den Jahren nach Locarno die Botschaft am Pariser Platz immer mehr zu einem von ihm inspirierten Zentrum deutsch-französischer Zusammenarbeit. Vor allem die Intellektuellen beider Länder, Schriftsteller, Künstler und Gelehrte haben ihm viel zu verdanken.

Daß in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seit Jahresfrist ein unverkennbarer Rückschlag eingetreten ist, ist leider nicht zu leugnen. Es ist nicht der Augenblick, die Schuld an dieser bedauerlichen Entwicklung zu untersuchen; den Botschafter de Margerie kann man aber keinesfalls dafür verantwortlich machen; er hat sich im Gegenteil oft mit Erfolg bemüht, dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten und sich gerade in den letzten Monaten immer stärkerer Sympathien in allen Kreisen erfreut, die dienstlich oder gesellschaftlich mit ihm zu tun hatten. Mit Genugtuung vernimmt man, daß der um die Sache der deutsch-französischen Verständigung verdiente Pierre de Margerie sich auch fernerhin von Paris aus in nichtmildlicher Eigenschaft für die weitere Ausgestaltung der engen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich betätigen wird.

## Montag trifft Francois Doucet ein.

Paris, 18. September.

Der neue französische Botschafter in Berlin, Francois Doucet, wird Paris am kommenden Sonntag verlassen, um sich auf seinen Berliner Posten zu begeben. Er hatte heute Unterredungen mit Ministerpräsident Doual und Außenminister Briand gehabt.

## Der Ersatz „Angriff“ verboten.

Der Reichsinnenminister gegen die Hege.

Am Donnerstagabend suchte der Berliner Presselieferer der NSDAP, der Reichstagsabgeordnete Hinkel, im Reichstags Reichsinnenminister Dr. Wirth auf, als dieser gerade an der Reichsratsitzung teilnehmen wollte. Hinkel legte dem Minister dar, weshalb die Nationalsozialisten gerade das diesmalige Verbot des „Angriff“ als unberechtigt betrachten. Dr. Wirth betonte demgegenüber, wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. hört, daß er selbst die radikale Hege aufs schärfste mißbillige und daß besonders nach den Vorgängen am Kurfürstendamm, die Deutschland auch dem Ausland gegenüber in Mißkredit gebracht hätten, ein energisches staatliches Vorgehen am Platze sei.

Hg. Hinkel bestritt einen Zusammenhang zwischen der Zeichnung, die zum Verbot des „Angriff“ führte, und den Demonstrationen, die übrigens von der NSDAP, auch mißbilligt würden. Die Zeichnung „Hib“ habe nicht eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten sein sollen. Es handele sich nur um eine Abkürzung der Parole „Hinein in die Betriebe“. Minister Dr. Wirth beendete die Unterredung mit der Erklärung, daß die nationalsozialistische Beschwerde selbstverständlich wie jede andere auf dem normalen Geschäftswege geprüft werden würde.

Als Ersatz für den verbotenen „Angriff“ war am Freitag auf den Berliner Straßen ein anderes nationalsozialistisches Blatt, die „Signale“ zu laufen. Darin erblickte das Berliner Polizeipräsidium eine Umgehung des Verbots; infolgedessen wurde auch die Auflage der „Signale“ beschlagnahmt. Von nationalsozialistischer Seite wird allerdings erklärt, die „Signale“ beständen seit langer Zeit, sie seien das Organ der nationalsozialistischen Betriebszelle. Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. erfährt, werden am zuständigen Stelle Maßnahmen erwogen, die eine Umgehung des „Angriff“ Verbots in Zukunft von vornherein unmöglich machen sollen.

## Die neue badische Regierung.

Minister Dr. Schmitt Staatspräsident.

Karlsruhe, 18. September.

In der heutigen Nachmittagsitzung des Badischen Landtags, in der die Beschlüsse des Haushaltsausschusses zum Sparguthaben der badischen Regierung mit übergroßer Mehrheit angenommen wurden, erfolgte zum Schluß die Wahl der neuen badischen Regierung, die durch den Tod des früheren Staatspräsidenten Dr. Wittenmann notwendig geworden war. Es wurden gewählt der bisherige Kultusminister Dr. Schmitt zum Justizminister mit 52 Stimmen, der bisherige Fraktionsführer des Zentrums, Dr. Baumgarten, zum Kultusminister mit 53 Stimmen, Minister Dr. Schmitt zum Staatspräsidenten mit 53 Stimmen.

Der Reichsparteiausschuß der deutschen Zentrumspartei ist zu einer Sitzung am 25. Oktober nach Berlin einberufen worden. Reichstagspräsident Brüning wird in dieser Sitzung einen längeren Vortrag über die politische Lage halten.

# Danatbank-Sanierung.



Der Industrie die Wurst



dem Reich die Pelle!

# Freispruch im Küster-Prozeß.

§ 193 für die Beklagten. — Urteilsbegründung gegen Schramm.

In der Privatbeleidigungsklage des Vizepräsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft Küster gegen die verantwortlichen Redakteure des „Tag“, der „Hamburger Deutschen Handelsmacht“, der „Siegener Zeitung“ und der „Roten Fahne“ verkündete gestern Amtsgerichtsrat Bues folgendes Urteil: Die Beklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

In der Urteilsbegründung führte Amtsgerichtsrat Bues aus: Die Beklagten haben ihr Material aus dem Zwist unter den Leuten innerhalb der Friedensbewegung selbst geschöpft. In erster Linie haben es die Zeugen Köstler, Dr. Hiller und Schwann geliefert. Die von den Beklagten aufgestellten Behauptungen waren zweifellos verkehrt. Die Vorwürfe gingen dahin, daß von fremden Regierungen Geld genommen, das Landeserrat geübt worden sei. Auch manche Ausdrücke, einzeln genommen, waren formal beleidigend. Sie müssen aber in Verbindung mit dem Ganzen betrachtet werden. Der Kläger dürfte sich somit beleidigt fühlen. Wenn die Beklagten für sich in Anspruch nehmen, den Wahrheitsbeweis geführt zu haben, so kann das Gericht dem nicht beipflichten. Das Gericht hatte zu entscheiden, ob Tatsachen erbracht worden sind. Das war nicht der Fall. Rügen zwischen dem Kläger und dem Zeugen Schwann noch so enge Beziehungen bestanden, haben, er brauchte trotzdem nicht von dessen Tätigkeit gemerkt zu haben und kann für das Verhalten des Zeugen nicht verantwortlich gemacht werden. Schwann, der die Gelder vermittelt hat, war gleichzeitig Präsident der Liga für Menschenrechte und Präsidialmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Diese Tatsache wurde für das Urteil entscheidend. Die Gelder, die Schwann vermittelt hat, stammen nicht von selbstlosen Organisationen; sie waren also nicht selbstlos, sondern zu durchschlagenden politischen Zwecken gegeben. Das folgt selbst aus der Aussage des Zeugen. Die französischen Gelder sollten zur Schaffung eines Reichstags mit französischgunstiger Stimmung dienen. Bei der Beurteilung der tschechischen Gelder ist zu berücksichtigen, daß die Tschekoslowakei mit Frankreich verbunden ist. Das alles kann jedoch dem Privatkläger nicht zur Last gelegt werden; die Gelder selbst verfielen in der Liga. Seine engen Beziehungen zu dem Zeugen Schwann mußten aber zu den verschiedensten Vermutungen Anlaß geben. Der Kläger hat heute erklärt, daß er nun mit Schwann brechen wolle und daß Schwann ein Schiedsgericht gegen ihn anrufe. Der Kläger hätte schon viel früher mit Schwann brechen müssen.

Schwann stand an leitender Stelle. Er war deshalb zu größter Rückficht verpflichtet. Er durfte sich nicht in Arme von Staaten führen lassen, deren Einstellung zu Deutschland vor noch nicht allzu langer Zeit feindlich gewesen war. Seine ganze Tätigkeit war höchst bedenklich. Hier sei der Vorwurf ein, der gegen den Kläger gemacht werden muß. Der Privatkläger hatte zum mindesten die Pflicht, den gegen Schwann erhobenen Vorwürfen nachzugehen. Er war auf das ihm angebotene Abonnement von laufend Exemplaren der Zeitschrift „Das andere Deutschland“ eingegangen, bediente sich seiner ständigen Mitarbeit für wirtschaftliche Artikel, kannte seine Beziehungen zu Foster. Jedes Verhalten des Zeugen Schwann als Vorstandsmitglied mußte auf ihn zurückfallen. Schwann hatte französische Gelder vermittelt, hatte in Prag dauernd tschechische Gelder entgegengenommen, hatte von der polnischen Regierung für seine schriftstellerische Tätigkeit Honorare bezogen. Das alles war für die Deutsche Friedensbewegung untragbar. Schwann war klanglos aus dem Vorstand ausgeschieden; der Kläger hätte ihn sofort abgeschütteln müssen, als Hillers Vorwürfe laut wurden, als das Schiedsgericht seinen Spruch gefällt hatte. Der Angeklagte hat sich auf das rein Juristische verweist, er war der Ansicht, daß das Schiedsgericht über Schwann nicht zu urteilen gehabt habe. Er hat seine Pflicht offenkundig vernachlässigt; das war wichtig für die Angeklagten. Im allgemeinen vaterländischen Interesse konnten sie nicht schweigen. Es war nicht nur das Recht, sondern auch die Staatsbürgerpflicht eines Redakteurs. Sie handelten somit in Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Als im Jahre 1925 bekannt wurde, daß die Liga für Menschenrechte Gelder aus zweifelhaften Quellen zugeflossen

waren, sind die Sozialdemokraten, die damals dem Vorstand der Liga angehörten, zum Zeichen ihres Protestes ausgetreten. Sie haben damit einen selbstverständlichen Trennungstrieb gezogen.

Aus den Kreisen der Friedensgesellschaft hat die Sozialdemokratische Partei oft gehässige politische Angriffe erfahren. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei hat erst vor kurzem vor einer Spaltungsorganisation des Herrn Küster gewarnt und hat die Zugehörigkeit zu dieser Organisation für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei erklärt.

Im übrigen hat sich die Sozialdemokratische Partei beiden Organisationen gegenüber immer auf den Standpunkt gestellt: die wahre Verteidigerin der Menschenrechte und die wahre Friedensgesellschaft ist die Sozialdemokratie!

In dem Bericht des „Abend“ vom Donnerstag, dem 17. September, ist ein Irrtum unterlaufen. Es mußte in der Aussage des Zeugen Schwann nicht heißen: „Küster habe von dem Empfang und der Verwendung der tschechischen Gelder gemerkt, sondern Küster habe von dem Empfang ... nichts gemerkt.“

## Helfershelfer der Pogromisten.

Die „Kreuzzeitung“ greift die Staatsanwaltschaft an.

Noch ist in dem Naziprozeß wegen der Krawalle am Kurfürstendamm nichts weiter erfolgt als die Vernehmung eines Teils der Angeklagten. Diese haben so ersichtlich das Blaue vom Himmel heruntergelogen, daß der humorbegabte Vorsitzende zuweilen in satirischer Weise die lausbubenhaften Ausreden der Angeklagten richtigstellen mußte. Bei zwei ganz „harmlosen“ waren Schlagring bzw. Revolver gefunden worden. Einzelne Angeklagte haben aber auch offen zugegeben, daß die Sache von oben arrangiert und daß der ganze Gausturm von Berlin beteiligt war. Was tut daraufhin die Rechtspreffe? Sie stellt sich schüchtern vor die Angeklagten. Die biederere „Kreuzzeitung“ beschwert sich, daß die Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten „so schweres Geschütz“ ausgefahren habe. Indem das Junkerblatt so tut, als könne irgendein ernsthafter Mensch die Lügen der Angeklagten für bare Münze nehmen, schreibt es mit gut gespielter Harmlosigkeit:

„Die Vernehmung der einzelnen Beschuldigten ließ erkennen, daß es sich bei den Festgenommenen nicht ausschließlich um Nationalsozialisten handelt, und daß keineswegs „planmäßige Aktionen“, mit denen die nationalsozialistischen Parteinstanzen zu tun hätten, zur Störung des jüdischen Neujahrsfestes durchgeführt worden sind. Die Aussagen, die zum Teil durch ihre Unbeholfenheit heitere Zwischenfälle hervorriefen, gaben das typische Bild von zufälligen (!) Zusammenrottungen und Ausschreitungen (!), wie sie in einer Großstadt leicht einmal vorkommen. (!) In Anbetracht dieser Tatsachen muß die Formulierung der Anklagen als recht schweres Geschütz anmuten.“

Moralisch läßt dies Verhalten des Rechtsblattes auf Begünstigung der Angeklagten, politisch auf ein Sympathiebekenntnis zu Judenpogromen hinaus. So verhält sich ein Blatt, das noch nicht einmal nationalsozialistisch ist. Und da meinte die schwerindustrielle „D.Z.“, Herr Goebbels und sein „Angriff“ würden sich zu einer offiziellen Verurteilung des Pogroms aufschwingen!

## Neuer Sabotageprozeß.

Drei Todesurteile beantragt.

Mostau, 18. September.

In dem Prozeß gegen 33 Beamte des russischen Holztrusses wegen Sabotage beantragten die Anklagevertreter gegen drei Personen die Todesstrafe. Die Angeklagten werden beschuldigt, von ausländischen Firmen bestochen worden zu sein und dadurch schlechte Abschlüsse für den Staat getroffen zu haben.

Der preußische Landtagsabgeordnete Gieseler (Ostpreußen) ist gestorben. Er gehörte ursprünglich der Deutschsozialistischen Freiheitspartei an. Als diese von der Hitlerbewegung ziemlich restlos aufgefohlen wurde, trat er zu den Deutschnationalen über. Politisch hat Gieseler nur einmal, und zwar durch eine besonders niederträchtige und hartnäckige Verleumdung des preußischen Wohlfahrtsminister Hirtzscher von sich reden gemacht.

Gefängnisinsassen von Aldnapur (Britisch-Indien) überfielen die Wachmannschaft; diese schloß. Es wurden zwei Gefangene getötet und 20 verletzt. Auch drei Polizisten wurden verwundet.

## Theater am Rollendorfsplatz.

Aufführung: „Der beschleunigte Personenzug“.

Schließlich kommt Max Adalbert vors Gericht und dann können wir endlich von Herzen lachen. Sonst ist der Schwank von Hans Reimann und Heinrich Spoerl ein sehr breit gezogener Spaß, in dem sich Adalberts Komit nicht entfalten kann. Das Publikum ist nur wenig beifallsfreudig. Dgr.



# Heute Sonnabend!

Mengenabgabe vorbehalten! Verkauf soweit Vorrat!



**Damen-Hut**  
frische Marquisform, aus gutem Filz, in mod. Farben **2.90**

**Modern. Filzhu**  
mit Bissen verarbeitet, auch ähnliche form **3.50**

**Eleganter Filz - Trotteur**  
mit aparter Garnitur **4.90**



**Damen-Handschuhe**  
imitiert Schwedenleder, mit beständ. Umschlagmanschet **1.65**

**Damen-Handschuhe**  
Wiedler-Imitat, mit Raupenaufnahme modern, Schlupfform **2.45**

**Glace-Handschuhe**  
für Damen, mit 2 Knöpfen, elegante Aufnahme **3.90**

**Damen-Handschuhe**  
Washleder-Stepper, Schlupfform **5.90**

Wir bieten viel! Wir sind billig!

# Ausstellungs-Verkauf

# DIETZ

Unsere Häuser bleiben am Montag, den 21. September, geschlossen!

## Otto Wels

in der Berliner Riesenkundgebung am 14. August 1931:  
..... In der ausgezeichneten Broschüre des Gen. Faust:

## „Das Panama der Nordwolle“

die ich jedem zur Lektüre empfehlen kann .....

Lies diese Broschüre! Sie kostet nur 10 Pf. und ist eine Sensation! 110 000 Exemplare sind schon verkauft und gelesen. Besorge dir die Schrift. Sie ist in der Volksbuchhandlung vorhanden

**J. H. W. Dietz Nachf. GmbH. Berlin SW 68**  
Lindenstraße 2 ∴ Abteilung Sortiment

**Staats Theater**  
Staatsooper Unter den Linden.  
Sonnabend, den 19. September  
2 1/2 Uhr. Ende 22 1/2 Uhr.  
**Der Zigeunerbaron**

Stadt-Schauspielhaus  
Gendarmenmarkt.  
Anfang 20 Uhr  
**Die natürliche Tochter**

Schiller-Theater  
Charlottenburg.  
Anfang 20 Uhr  
**Die Heirat**

**Winter Garten**  
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt  
Die Sechs von der Staatsoper.  
Cortina Dollasegen. Salerno.  
12 Bratanos. Rhoenrad-Sens ev.  
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen  
4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr  
**Britton**  
50 Jahre  
**Stettiner Sänger**  
Nachmittags halbe Preise.

**SCALA**  
Barbarossa 8250  
Tgl. 8 u. 8 1/2 U.  
**THE 22**  
**INGENUES**  
**HUDSON-**  
**WONDERS**  
und das große  
Sept.-Programm

**PLAZA**  
Tgl. 8, 8 1/2, 9, 9 1/2, 10  
Das neue  
Variété-  
Programm!  
Die reizende  
Revue  
der 1000  
Raimonds-  
Ballett  
mit weitem Attrakt.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 9 1/2 Uhr  
Lothringer Straße 37.  
**Neu! Sie lachen Tränen Neu!**  
über die tolle Posse  
**Dodo, das öffentliche Aergernis**  
Dazu das neue bunte Progr. I  
Gutschein 1-4 Personen.  
Parkett nur 50 Pf.  
Fauteuil 1.- Mark. Sessel 1.50 Mark

**HAUS WATERLAND**  
KURFÜRSTENPLATZ 24/26  
**Das Vergnügungs-  
Restaurant**  
**Berlins**  
BETRIEB  
KEMPINSKI

**Im Grossen Schauspielhaus**  
**Erik Charells Welterfolg**  
**Im Weissen Rössl**  
von Presse und Publikum von neuem begeistert aufgenommen.  
Camilla Spira ist wieder ganz weibliche, liebliche, hold- selige Rösslwirtin. (8 Uhr)  
Max Schipper vor allem, der jetzt den Kellner Leopold singt und spielt, feierte wahre Triumphe. (Montag-post)  
Evelyn Hoyt, die vornehm-verführerische blonde Otilie, tritt neben die Rösslwirtin in glaubhafte Konkurrenz. (Lokalanz.)  
Oscar Sabo, Repräsentant unerschrockensten Berlinertums, kurz gesagt — knorke.  
Tibor von Halmay, ein nicht geringer Gewinn für die Aufführung, mit seiner noblen, diskreten und doch federnden Komik.  
Tgl. 8 Uhr  
Zeitentsprechend sind die Eintrittspreise durchschnittlich um die Hälfte reduziert.

**LUNA PARK**  
Heute in vollem Betrieb.  
KONZERT FEUERWERK.  
Sonntag: BOXKAMPF.

**Deutsches Theater**  
8 Uhr  
Letzte Aufführungen  
**Kat**  
Schauspiel nach Ernest Hemingway  
Deutsche Bühnenbearbeitung  
v. Carl Zuckmayer und Heinz Hilpert.  
Regie: Heinz Hilpert

**Kurfürstendamm-  
Theater**  
Bismarck 448/49  
8 1/2 Uhr  
**Die schöne Helena**  
von Jaques Offenbach  
Regie: Max Reinhardt.

**Theater des Westens**  
Tgl. 8 u. 8 1/2  
Letzte Vorstellungen  
**Viktoria**  
und ihr Husar  
Preis von M. 0.50 an  
Ab Donnerstag  
4 Abendsvorstellungen  
**Richard Tauber**  
in „Das Land des Lächelns“

**Müggelheim**  
Wasser- u. Waldpar-  
kett  
Sonnabend und Sonntag  
Kampfbühnenweg  
FRANKE

**ROSE-THEATER**  
Charlottenburg  
Bismarckstraße 34  
Sonnabend, d. 19. 9  
Turnus IV  
Anfang 20 Uhr  
**Zar und Zimmermann**  
Ende gegen 23 Uhr.

**Volksbühne**  
Theater am Blücherplatz  
8 Uhr  
**Nebeneinander**  
Vollstück in 3 Akten von  
Georg Kaiser  
Regie: K. H. Mertik.

**Städt. Oper**  
Charlottenburg  
Bismarckstraße 34  
Sonnabend, d. 19. 9  
Turnus IV  
Anfang 20 Uhr  
**Zar und Zimmermann**  
Ende gegen 23 Uhr.

**Berlin**  
sah in den letzten Jahren  
alle Zirkusunternehmen  
von Rang in seinen  
Mauern.

der monumentale Großzirkus  
des 20. Jahrhunderts, nach vier-  
jähriger Abwesenheit mit seinem  
neuen Riesenzelt, dem größten,  
das je in Europa gebaut wurde,  
mit seinem unermesslichen Heer-  
bann von Menschen aller Farben  
und Rassen und Tieren aller  
Zonen, mit vier Sonderzügen  
und einem Wagenpark von über  
300 Fahrzeugen, mit d. vollkom-  
men neuartigen und konkurrenz-  
losen Typ d. überdimensionalen

**Rennbahnzirkus**  
mit einem Programm, das in  
seiner Originalität und seiner  
unerhörten Reichhaltigkeit als  
der Gipfelpunkt alles  
Zirkusensischen  
bezeichnet werden kann.

**Berlin urteile!**  
**Prunkvolle Gala-Premiere**  
Donnerstag, 24. Sept., ab 7.45 Uhr  
**Tempelhofer Feld**  
Nur 22 Tage / Preise ab 0.50 M.  
Vorverkauf ist bereits eröffnet. Kauthaus  
Wertheim u. Filial. u. Kauthaus Karstadt

**Matropol-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Sonntags 4 u. 8 1/2 U.  
die neue Paul-Abraham  
Operette  
**Die Blume von Hawaii**  
Preis von 1.- M. an.

**Lesing-Theater**  
Dir. Dr. Robert Klein  
Tel.: Wilhelmstr. 104.  
8 1/2 Uhr  
**Junge Liebe.**  
Moshim,  
Braunsweiler, Itack,  
Hansotta.

**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr  
**Thron zu vergeben**  
Operette v. Neidhart  
Musik v. Witmann  
Leux, Elster, Lilien,  
Hendrik, Fels  
Preis: 0.50-7.- M.

**Theater im  
Admiralspalast**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der Sensationserfolg!**  
**Die Dubarry**  
mit  
**Gitta Alpar**  
Preis v. 0.50 M. an

**Berliner Theater**  
Charlottenstr. 90-92  
Dönh. 625-626.  
**Gruppe junger  
Schauspieler**  
Heute 8 1/2 Uhr:  
**Uraufführung:**  
**AVANTGARDE**  
von Valentin Katajov.  
Preis 0.50 bis 4.-  
Garderobe,  
Programm 0.20 M.

**Verkäufe**  
eiserne, jeder Art,  
Erleuchtung, trans-  
portable, Sessel-  
stühle, Babymatten,  
Stillesitzen, Koch-  
tische, Separat-  
tische, etc. alle  
zu sehr günstigen  
Preisen. Preis-  
verzeichnis 50 Pf.

**Musik-  
instrumente**  
Pianos, Orgeln,  
Violinen, Gitarren,  
Kontrabässe, etc.  
zu sehr günstigen  
Preisen. Preis-  
verzeichnis 50 Pf.

**Fahrräder**  
250 prima  
Markenräder  
mit Turpedorrellen  
und prima Berei-  
fung, in 24 und  
28 Zoll, etwas be-  
kannter, stark nur  
15,- und 20,-  
Marken, Wein-  
meisterherb. 14.

**Wäsche usw.**  
Wenig getragene,  
aber prima  
Wäsche, Bett-  
wäsche, Hand-  
tücher, etc., zu  
sehr günstigen  
Preisen. Preis-  
verzeichnis 50 Pf.

**Gebrauchte  
Fahrräder**  
15,-, 20,-, 25,-,  
30,-, Marken,  
Weinmeisterherb. 14.

**Kaufgesuche**  
Rohmaterial,  
Kunststoffe,  
Metalle, etc.  
zu sehr günstigen  
Preisen. Preis-  
verzeichnis 50 Pf.

**Ver-  
mietungen**  
Wohnumgebung  
zu sehr günstigen  
Preisen. Preis-  
verzeichnis 50 Pf.

**Zimmer**  
Wohnumgebung  
zu sehr günstigen  
Preisen. Preis-  
verzeichnis 50 Pf.